



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 48.

Berlin, den 24. Februar 1918.

12. Jahrgang.

Nieder mit den Bolschewiki!

Berlin, den 19. Februar 1918.

Das alte Lied der Reaktion!

Der Geist der berüchtigten „Deklaration Seiner Hoheit des regierenden Herzogs von Braunschweig-Lüneburg, Befehlshabers der verbündeten Heere Ihrer Majestäten des Kaisers (von Oesterreich) und des Königs von Preußen, gerichtet an die Einwohner Frankreichs“ vom 25. Juli 1792 geht wieder um. Damals kündigte man dem revolutionären französischen Volke die Wiederaufrichtung „der gesetzlichen Macht“ mit preussischen und österreichischen Bajonetten an, richtete einen Appell an alle „Gutgesinnten“, sich den „Befreier“ anzuschließen und drohte dem, der sich weigere, bei der Wiederherstellung der „Ordnung“ mitzuhelfen, als Rebellen zu bestrafen.

Im Oktober 1848 erließ Fürst Windischgrätz, der Henker der Wiener Revolution und Mörder Robert Blums, eine Proklamation an die Wiener, in der es heißt: „Die Stadt ist besetzt worden durch Greuelthaten, welche die Brust jedes Ehrenmannes mit Entsetzen erfüllen. . . . Wien befindet sich in der Gewalt einer kleinen, aber verwegenen, vor keiner Gewalttat zurückschauernden Faktion: Leben und Eigentum sind einer Handvoll Verbrecher preisgegeben!“

1871, in den Tagen der Pariser Kommune, konnte man dieselbe Melodie in allen erdenklichen Variationen und in allen Sprachen hören. Der deutsche Spießbürger war da ganz ein Herz und eine Seele mit dem französischen „Erbfeinde“ und wandte seine ganze Sympathie den Versailler Kommuneschlächtern zu. Denn diesmal war es keine bürgerliche, sondern eine soziale Revolution. Den Pariser „Petroleuren“ und „Petroleusen“ konnte nicht schlimm genug mitgespielt werden. Die wüste Hellschrift Scherr's „Das rote Quartal“ war und ist noch heute das Evangelium aller „Gutgesinnten“.

In unseren Tagen hören wir die gleiche reaktionäre Litanei. Jedes Zeitungsblatt bringt Nachrichten über die Verworfenheit der derzeitigen russischen Revolutionsregierung, über die russische „Anarchie“, über Schandtaten und Greuel bolschewistischer „Banden“, über Bestialitäten der „roten Gardisten“ usw.

Was dem reaktionären Chorus von heute aber noch eine besondere Note verleiht, ist die beschämende Tatsache, daß auch angebliche Sozialisten das alte Lied der Braunschweig, Windischgrätz, Scherr usw. mitsingen. Im regierungssozialistischen Zentralorgan konnte man in den letzten Wochen duzendweise heimtückische Angriffe auf die Bolschewiki finden. Einem Mitgliede des Parteivorstandes, Herrn Otto Braun, blieb es vorbehalten, den Vogel dabei abzuschließen.

Was will das werden?

Die Bolschewiki-Regierung hat den Kriegszustand mit den Mittelmächten für aufgehoben erklärt und die in Wirklichkeit schon längst eingetretene Demobilisierung des gegen den äußeren Feind kämpfenden Heeres offiziell bestätigt.

Die Regierungen der Mittelmächte haben erklärt, daß sie sich an den Abbruch des Kriegszustandes mit Rußland nicht für gebunden erachten. Der Heeresbericht vom 17. Februar kündigte in aller Form den Ablauf des Waffenstillstandes mit Rußland für den 18. Februar 12 Uhr mittags an. Vorher war amtlich mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung „sich freie Hand nach jeder Richtung vorbehalte“. Daneben hatten Wiener und Berliner Blätter mehrmals drohend erklärt, daß die Mittelmächte der derzeitigen Regierung der Ukraine

unter Umständen auch militärische Hilfe gegen die Bolschewiki leisten würden, um den „Brotfrieden“ mit der Ukraine auch wirklich in Kraft zu setzen. Später hat sich dann die Ukraine-Regierung selbst mit einem beweglichen Hilferuf an die Mittelmächte gewandt. Diese Regierung ist durch die soziale Revolution im eigenen Lande in arge Bedrängnis gekommen, ihre gesetzgebende Körperschaft, die Raada, hat ihren Sitz aus der Hauptstadt Kiew näher an die österreichische Grenze und unter den Schutz österreichischer Kanonen, nach Schitomir, verlegen müssen und verlangt jetzt nach österreichischen und deutschen Bajonetten, um ihre Herrschaft zu sichern. Damit hat diese nationalsoziale Regierung ihren reaktionären Wesenskern enthüllt. Wenn nun einmal die Vorgeschichte der nationalen Ukraine-Revolution geschrieben werden kann, wird erst klar werden, in welchen engen Beziehungen politischer und finanzieller Art manche Macher dieser Revolution zum Imperialismus der Mittelmächte gestanden haben. Es ist ganz falsch, anzunehmen, daß die jetzige Regierung der Ukrainer nur mit den Bolschewiki Petersburgs zu kämpfen hätte, nein, es sind in der Hauptsache ukrainische Proletarier, Kleinbauern und Soldaten, die den sozialen Kampf gegen die herrschenden bürgerlichen und pseudosozialistischen Aliquien führen, wobei sie natürlich von der großrussischen Sowjet-Regierung unterstützt werden. Es muß immer und immer wieder betont werden, daß die Bolschewiki den verschiedenen Nationen Rußlands im weitesten Maße Selbständigkeit und Selbstbestimmungsrecht zugestehen, sie wollen einen großen Bund aller national selbständigen russischen Republiken. Das nationale Eigenleben der Ukraine ist also von ihnen nicht bedroht, ihr Verbrechen besteht in den Augen aller ganzen und halben Reaktionäre nur darin, daß sie als Sozialisten Anwälte der breiten unteren, werttätigen Schichten des Volkes sind, daß sie das neue Rußland auf sozialistischer Grundlage aufbauen wollen, was allerdings den Kapitalisten und Grundbesitzern und deren Trabanten sehr wehe tut. Und da diese Kreise sich der Hilfe der zaristischen Generale bedienen, sich aus Zehntausenden von gegenrevolutionären Offizieren, Kriegsschülern usw. eine Schutztruppe gebildet haben und mit Maschinengewehren und Bajonetten die Gegenrevolution durchzuführen wollen, wären die großrussischen wie die ukrainischen Bolschewiki Toren, wenn sie ihren Gegnern nicht mit gleichen Waffen entgegenreten wollten. Natürlich wird da auf beiden Seiten nicht mit Zudererbsen geschossen. Aber die reaktionäre Presse verschweigt schamig, was von den Generälen und Offizieren, die durch die Schule des zaristischen Militarismus gegangen sind, und den Elementen, die die Traditionen der „Schwarzen Hundert“ und „echt russischen Leute“ in der Gegenrevolution verkörpern, begangen wird, und sehen nur „die Greuel der bolschewistischen Banden“.

Die gleichen Greuelgeschichten kommen in den letzten Wochen duzendweise aus Finnland, Estland, Livland usw. Finnlands Bourgeoisie mit ihrer „weißen Garde“ verfährt natürlich nur nach den Gesetzen edelster Menschlichkeit mit ihren sozialistischen Gegnern. Nur die „rote Garde“ der sozialistischen Regierung haust wie eine unmenschliche Bestie. Kein Wunder, wenn man da die Hilfe schwedischer Kanonen und schwedischer Bajonette herbeiführt und wenn die Klassenolidarität der schwedischen Bourgeoisie diesem Flehen gern Erfüllung bringen möchte. Aber auch in bezug auf Schweden, Finnland usw. wird eine spätere Zeit noch manches Licht hinter die diplomatischen Kulissen werfen und zeigen, wie die Gegenspieler der russischen Revolution am Werke waren. Die

Bolschewiki denken nicht daran, Finnlands nationale Selbständigkeit anzutasten. Die finnländische Revolution hat eine sozialistische, aus allen Richtungen bestehende Regierung ans Ruder gebracht, die eine gründliche Umwandlung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vornehmen will. Dem stemmt sich die Bourgeoisie und der Großgrundbesitz mit Waffengewalt entgegen, daher der Kampf zwischen roter und weißer Garde in Finnland, der, wie alle Bürgerkriege, mit leidenschaftlicher Erbitterung geführt wird. Aber alles Licht nur auf die eine, die weiße, und allen Schatten nur auf die andere, die rote Seite zu werfen, entspricht weder der geschichtlichen Wahrheit noch der Gerechtigkeit; allerdings sind das Dinge, die in unseren Tagen bei der internationalen Reaktion einen verflucht geringen Kurswert haben.

Ähnlich liegt es mit den Greuel- und Bandengeschichten aus Estland, Livland usw. Man kann es den baltischen Baronen nachfühlen, daß sie alle Versuche der dortigen Bevölkerung, die Land- und Bauernfrage nach russischem Muster zu regeln, als teuflisches Verbrechen ansehen, daß sie über den „roten Schrecken“ zetern. Nun, der „weiße Schrecken“, den sie in den Jahren 1906 und 1907 zur Zeit der zaristischen Strafexpeditionen unter der Bevölkerung ihres Gebietes verbreitet haben, war noch grauiger. Wie sich ja überhaupt über das Thema „weißer Schrecken“ eine Greuelgeschichte schreiben ließe, gegen die alle wirklichen und erlogenen Greuel des „roten Schreckens“ verblaffen würden.

Von allen Seiten brandet die reaktionäre Welle an der russischen Revolution empor. Daß sie den Zarismus gestürzt hat, hätte man ihr vergeben, wenn dadurch der Imperialismus der einen oder der andern Seite Vorteil gehabt hätte. Daß aber jetzt in ihr sozialistische Kräfte und Ziele zur Geltung drängen, ist ein Verbrechen, das mit Vernichtung gestraft werden muß. Daher in London und Paris das Geschrei über die „Anarchisten“ und „Verbrecher“ in Petersburg, daher in der reaktionären Presse der Mittelmächte das Gezeter über die Greuel der „bolschewistischen Banden“.

Die deutsche und die österreichische Regierung haben ihre Kommissionen, die in Petersburg über wirtschaftliche Fragen, über die Kriegsgefangenen usw. verhandeln sollten, abberufen. Der Waffenstillstand ist für abgelaufen erklärt. Die Mittelmächte haben sich freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Was will nun werden?

Der Abendbericht vom 18. Februar des Großen Hauptquartiers meldete:

Andergroßrussischen Front haben heute 12 Uhr mittags die Feindseligkeiten begonnen.

Im Vormarsch auf Dünaburg ist die Düna kampflös erreicht.

Von der Ukraine zu ihrem schweren Kampf gegen die Großrussen zu Hilfe gerufen, haben unsere Truppen den Vormarsch auf Richtung Kowel angetreten.

Am 19. Februar wurde gemeldet:

Deutsche Truppen sind gestern abend in Dünaburg eingerückt. Sie fanden nur wenig Widerstand. Der Feind war größtenteils geflüchtet. Die vorbereitete Sprengung der Dünabrücken ist ihm nicht gelungen.

Beiderseits von Luck sind unsere Divisionen im Vormarsch. Luck wurde kampflös besetzt.

Und abends hieß es: Von Riga bis südlich von Luck sind die deutschen Armeen im Vormarsch nach Osten.

Aus Wien wurde gemeldet, daß an der Aktion gegen die Großrussen nur deutsche, also keine österreichischen Truppen beteiligt seien.

In Polen sind nunmehr auch alle die Kreise, die bisher an ein Selbständigwerden ihres Landes mit Hilfe der Mittelmächte glaubten, durch den Friedensschluß mit der Ukraine bitter enttäuscht worden. Den Ukrainern ist ein Teil des polnischen Gebietes, das von Cholm, zugeprochen worden, auch mit der Regelung der litauischen Grenzen sind die Polen nicht einverstanden. Das ganze polnische Volk befindet sich in Aufregung, und wenn die verschiedenen politischen Richtungen die Dinge je nach ihrem Standpunkt verschieden beurteilen, so ist doch allen die Erbitterung über das Vorgehen der Mittelmächte gemeinsam. Durch diese Vorgänge ist auch die innere Politik Oesterreichs äußerst verworren geworden, so daß die österreichische Regierung mit allen Parteien auf gespanntem Fuße steht.

In Warschau hat ein großer Demonstrationstreif stattgefunden, über den die halbamtliche deutsche „Warschauer Zeitung“ meldet:

„Zum Zeichen der Trauer und Mißbilligung über die Zuteilung des Cholmer Landes an die Ukraine haben in den Theatern und Kinos keine Vorstellungen stattgefunden. Am Donnerstag wurde versucht, dieser Stimmung noch einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Im Laufe des Mittwochs war von den politischen Vereinen für die Veranstaltung eines eintägigen allgemeinen Demonstrationstreifs agitiert worden. Die Agitatoren hatten sich bemüht, nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Geschäftsleute für diesen Gedanken zu gewinnen und ihnen empfohlen, ihre Geschäfte am Donnerstag nicht zu öffnen. Infolgedessen hielten es viele Geschäftsinhaber infolge der auch am Donnerstagmorgen fortgesetzten Agitation für zweckmäßig, von deröffnung der Geschäfte abzusehen. Da die Fahrer und Schaffner der Straßenbahnwagen nicht zum Dienst erschienen waren, stand der Straßenbahnverkehr still und auch der Droschkenverkehr fiel infolge des Streiks der Droschkenkutscher aus.“

Die Warschauer Blätter, die den Protest gegen den Cholmer Passus abgedruckt haben, sind sämtlich verboten worden. Auch der „Monitor Polski“, der längst gegründete polnische Reichsanzeiger, befindet sich darunter.“

Die Sünden der Bolschewiki.

Der sozialistisch denkende Arbeiter hat bei der Beurteilung der Bolschewiki von folgenden Gesichtspunkten auszugehen: Ihm ist, auch von Leuten, die heute im regierungsozialistischen Lager stehen und den Verleumdungsfeldzug gegen die Bolschewiki tapfer mitmachen, immer und immer wieder gelehrt worden: Das letzte Ziel des Sozialismus besteht in der Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Allgemeineigentum, damit auch in der Beseitigung jeder Klassengesellschaft und des Klassenstaates. Ein wirkliches, wirtschaftliches, politisches und kulturelles Interesse an diesem Ziele hat nur das Proletariat, d. h. alle die, die heute kein Besitzrecht auf die Produktionsmittel haben und ihre Arbeitskraft dem Kapital verkaufen müssen. Wirklich werden kann dies Ziel nur dadurch, daß das Proletariat die politische Macht erkämpft, indem es bewußt den Klassenkampf, der eine natürliche Begleiterscheinung der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist, durchführt. Hat das Proletariat durch seinen Klassenkampf die politische Macht erobert, dann muß es dazu übergehen, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu beseitigen und die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu bringen. Danebenher werden natürlich eine ganze Reihe politischer und sozialer Maßnahmen gehen, die die Aktionsfreiheit und die Lebenskraft des Proletariats sichern und stärken. Die Uebernahme der politischen Macht und der Übergang der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsform wird wohl niemals und nirgends ohne Reibungen und Konflikte abgehen. Es wird immer Menschen geben, die durch die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ihre egoistischen Interessen bedroht sehen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen ankämpfen. Eine Wirtschaftsordnung, die, wie Karl Marx vom Kapital sagt, „vom Kopf bis zur Zeh“, aus allen Poren blut- und schweißtriefend“ zur Welt kam, wird nicht ohne zähen Widerstand vom Schauplatz der Weltgeschichte abtreten. Sie wird auch nicht automatisch an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gehen. Sie wird, das

zeigt die Geschichte des Weltkrieges, immer wieder Mittel und Wege, und seien es sogar Konzessionen an gewisse nebenfällige Forderungen des Sozialismus, finden, um ihren Bestand, damit aber auch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufrecht zu erhalten, wenn nicht die energische und zielbewußte Gegenbewegung des Proletariats diesen Gegensatz aus der Welt und damit eine Wirtschaftsform schafft, die keine Klassen mehr kennt, sondern nur die gemeinsame Arbeit Aller für Alle.

Die Sünden der Bolschewiki bestehen nun darin, daß sie diese Binsenwahrheiten des Sozialismus nicht als leere Agitationsphrasen, als Leitfäden für theoretische Abhandlungen oder als phantastische Zukunftsträume ansehen, sondern sie zur Tat werden lassen wollen. Ihr Unternehmen wird dadurch ungeheuer erschwert, daß es in eine Zeit unheilvoller Kriegswirren fällt, daß sie ferner die Erbschaft eines völlig zerrütteten und korrupten Regierungssystems anzutreten hatten. Sie sind die politischen Vorkämpfer des industriellen und bäuerlichen Proletariats in dessen Klassenkampf gegen den Zaratismus, dann aber auch gegen die bürgerlichen Rußnießer der Revolution und die Sozialisten, die dem Kapitalismus und damit, wenn vielleicht auch unfreiwillig, der Gegenrevolution goldene Brücken bauen wollten. Der proletarische Klassenkampf hat sie im November 1917 zur Regierung gebracht, ein Klassenkampf, der allerdings auch Bajonette und Maschinengewehre anwandte, weil seine gegenrevolutionären Widersacher die gleichen Kampfmittel schon vorher gegen ihn ins Feld geführt haben. Aber es waren und sind noch heute Proletarier- und Bauernsoldaten, die diese Waffen führen, es ist nicht die Soldateska des Zaren, deren Trümmer im gegenrevolutionären Lager stehen. Die Bolschewiki sind seit dreieinhalb Monaten im Besitze der politischen Macht, als Sozialisten wollen sie diese zur Verwirklichung der ökonomischen, politischen und sozialen Ziele anwenden. Darum ihre Maßnahmen in bezug auf das Privateigentum an Grund und Boden, auf die industriellen Unternehmungen und Banken, ihre Annullierung der Staatsschulden, die Trennung von Staat und Kirche, der Achtstundentag usw., Maßnahmen, die natürlich im Sturm und Drang der Uebergangszeit und infolge der Bedrohung durch den inneren und äußeren Feind nicht in wenigen Wochen restlos und glatt durchgeführt werden konnten. Wie alle Menschen, die wirklich handeln, sind auch die Bolschewiki nicht gegen Fehler und Mißgriffe gefeit. Manche irrige Voraussetzung, mancher Fehlgrieff, manche Härte und manche Taktlosigkeit des einen oder anderen ihrer leitenden Männer mag ihnen unterlaufen, in bezug auf die großen Richtlinien, Grundgedanken und Ziele ihres Handelns kann ihnen vom ehrlich sozialistischen Standpunkte aus kein Vorwurf gemacht werden.

Wenn alle ganz oder halb Reaktionäre, wenn Kapitalisten und Ideologen der Bourgeoisie, wenn bürgerliche Journalisten usw. den Bannfluch gegen die Bolschewiki schleudern, so ist das von deren Klassenstandpunkt aus durchaus zu begreifen. Ein jämmerliches Armutszeugnis aber stellen sich die „Sozialisten“ aus, die in das Verdammungsurteil der großen reaktionären Masse miteinstimmen, sich sogar als Kronzeugen gegen die Bolschewiki aufdrängen. In dieser Hinsicht leistet der deutsche Regierungsozialismus ganz Hervorragendes. Die gleichen Leute, die feierlich ihre Solidarität mit den Bolschewiki versicherten, weil sie hofften, diese an den Wagen ihrer kläglichen Friedenspolitik spannen zu können, werfen jetzt mit Steinen auf diese Vertreter eines konsequenten Sozialismus. So ist für das Parteivorstandsmittglied Braun jetzt auf einmal das Vorgehen der Bolschewiki „gewalttätiger Putschismus und Anarchie“. Deshalb müssen wir zwischen den Bolschewiki und uns einen tiefen sichtbaren Trennungsfurchen ziehen, denn wir als Sozialdemokraten verurteilen diese Gewaltmethoden der Bolschewiki auf das schärfste“. Und Herr Stampfer geistreichelt über die „seltsamen Bollstreder des Testaments von Karl Marx in Petersburg“. Ja, aber warum denn dann die Solidaritätskomödie im November und Dezember? War doch schon damals das Programm, waren doch die Anschauungen und Ziele der Bolschewiki den regierungsozialistischen Leuchten genau bekannt. Ah, man will der Regierung und den bürgerlichen Parteien, an deren Rückschläge man sich anklammert, beweisen, daß man trotz aller papiernen und rednerischen Oppositionstraden ein braves Kind ist, das mit den bösen Petersburger Buben nichts gemein hat. Für

Herrn Otto Braun sind einzig und allein die Bolschewiki an dem Scheitern der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk schuld, denn „diese haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Zeit des Waffenstillstandes nicht zum Abschluß des Friedens, sondern vielmehr zur Uebertragung der Revolution auf das Gebiet der Mittelmächte ausnützen wollen“. Und es entspricht der ganzen Pharisäer- und Spießermoral, die in den Herzen unserer Regierungsozialisten wohnt, wenn sich Braun über die Person Kadets sittlich entrüstet und eine große weltgeschichtliche Bewegung nach der mehr oder weniger sympathischen Nase eines zufällig Mitwirkenden beurteilt.

Wenn Herr Stampfer meint, daß der Sozialismus der Regierungen in Petersburg und Schitomir, „die sich beide sozialistisch nennen“, keine Ehre einlegen könnte, so sagen wir, daß noch viel weniger Ehre einzulegen ist mit Sozialisten vom Schlage der Braun, Stampfer usw. Denn mit ihrem Gezeiter gegen die Bolschewiki machen sie sich nur zu Helfershelfern der Reaktion, wie ja auch der Artikel Brauns von der ganzen reaktionären Presse schmunzelnd zitiert worden ist. Und es ist wahrlich alles andere als ehrenvoll für den Sozialismus, wenn Herr Stampfer auch jetzt noch versichert, daß seine Partei nach wie vor Kriegskredite bewilligen, am kraftlosen Scheinparlamentarismus des Reichstages festhalten und in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien bleiben will. Alle diese Parteien sind, trotz verschiedener Programme und verschiedener Nuancen, eine große, reaktionäre Masse. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß Marx und Engels sich gegen das Wort von der „reaktionären Masse“ gewandt hätten. In normalen Zeiten mag es ansehnlich sein. Aber Friedrich Engels hat ausdrücklich zugestanden, daß der Satz, gegenüber der Arbeiterklasse seien alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse, in einzelnen Ausnahmefällen wahr sei: „Zum Beispiel in einer Revolution, wie die Kommune!“ Nun, die Revolution der Bolschewiki ist nur eine gigantische Neuaufgabe der Kommune. Und der Haß aller bürgerlichen Kreise gegen diese Revolution gibt dem Worte Engels nur zu sehr recht. Sozialisten aber, die in dieses Haßgeschrei einstimmen, sind nichts anderes als Schleppeuträger der Reaktion.

Bebel, die Pariser Kommune und die Bolschewiki.

Soviel steht fest: Wer die Bolschewiki verurteilt, muß auch die Pariser Kommune von 1871 verurteilen: Beide sind von gleicher Wesensart, hatten gleiche Ziele, gleiche Methoden. Auch 1871 stand der äußere Feind im Lande. Und wenn er auch nicht unmittelbar in die Kämpfe zwischen Kommune und der Versailler Bourgeois-Regierung eingriff, so stellte doch Bismarck der letzteren 80 000 Mann zur Verfügung, indem er die Soldateska Napoleons aus der Kriegsgefangenschaft freigab, die dann im Auftrage von Thiers über Paris herfielen; außerdem konnten die französischen Ordnungstruppen in den letzten acht Tagen der Kommune den Montmartre mit 50 schweren Geschützen besetzen und Paris unter Feuer nehmen.

Dieselbe Kampagne, die jetzt gegen die Bolschewiki unternommen wird, richtete sich damals gegen die Pariser Kommunekämpfer. Aber die gesamte deutsche Sozialdemokratie hat diesen Feldzug nicht mitgemacht. Einer der entschiedensten Verteidiger der Kommune war August Bebel. Wie ernst er sein Eintreten für die Pariser revolutionären Sozialisten genommen hat, beweist die Tatsache, daß er ihr im zweiten Bande seiner Lebenserinnerungen, also im Jahre 1911, ein ganzes, 22 Seiten starkes Kapitel gewidmet hat. Nur einige Stellen daraus seien den Herren Braun und Konforten unter die Nase gerieben.

Wie heute den Bolschewiki, so wurde damals den Pariser Kommunisten vorgeworfen, daß sie ins Blaue hinein dekretierten, Verordnungen erließen usw. usw. Darauf sagte Bebel: „Aber war denn das anders möglich, wenn man einen solchen Augiasstall auszumisten hatte, wie das kaiserliche Paris? (lies heute: das zaristische Rußland). Da hatte man allerdings sehr viel zu dekretieren. Und es versteht sich von selbst, daß in einer solchen Situation nicht alles am Schnürchen geht. . . . Wie vielmehr muß dies der Fall sein, wenn es sich um eine revolutionäre Bewegung handelt, wenn an Stelle des alten ein neuer Staat geschaffen werden soll, inmitten von Hunderttausenden von Feinden — der deutschen Armee und der

Versailler, die mit aller Kraft und all ihren Mitteln darauf hinarbeiten, der neuen Institution den Garaus zu machen."

Wie heute, so wurde auch damals der Kommune der Vorwurf gemacht, daß sie zwar die Todesstrafe abgeschafft habe, aber doch auf ihre Gegner schösse. Dazu sagt Bebel: „Die Kommune, von allen Seiten angegriffen und zum Kriegführen gezwungen, mußte in dieser Lage diejenigen Mittel anwenden, die in einem solchen Falle jeder kriegsführenden Partei zu Gebote stehen und stehen müssen."

Mit ganz besonderem Eifer und großer Ausführlichkeit verteidigt Bebel die ökonomischen Maßnahmen der Kommune, die Beschlagnahme der Werkstätten, Fabriken usw. Die Bolschewiki tun heute dasselbe. Der „Sozialist“ Braun aber nennt das „Anarchie“.

Wie damals der Kommune vorgeworfen wurde, daß sie die Pressefreiheit aufgehoben und gegnerische Zeitungen unterdrückt habe, so zetert heute Herr Braun mit dem ganzen reaktionären Chorus über „die Knebelung der öffentlichen Meinung durch die Bolschewiki“. Was sagte Bebel zu solcher Maßnahme? „Von allen Seiten angegriffen, mitten im Kampfe und in der Revolution, gebot ihr die Not, neben dem vor den Toren stehenden Feind nicht auch noch den Feind in den eigenen Mauern zu dulden. Sie mußte Journale unterdrücken, die Tag für Tag die heftigsten Angriffe und Verleumdungen gegen sie schleuderten, die mit dem vor den Toren stehenden Feind in Verbindung standen und auf ihren Sturz hinarbeiteten."

Was Bebel über die Greuel, Brandstiftungen usw., die den Kommunekämpfern nachgesagt wurden, zu sagen hat, mag man in seinem Buche selbst nachlesen. Bebel faßt sein Urteil über die Kommune dahin zusammen: „Die Kommune hat gehandelt, wie sie nach Lage der Dinge handeln mußte, und wer ihr Verfahren nicht billigt, wird es wenigstens erklärlich finden und entschuldigen. Sicher steht fest, daß die Kommune nichts getan hat, dessen sie sich zu schämen brauchte, und daß sie an Gewalttaten nichts begangen hat, was nicht in Europa die monarchistischen Regierungen in ähnlichen Momenten hundert- und tausendmal ärger getan haben."

Damit vergleiche man das Geheise gegen die russischen Kommunekämpfer von heute im „Vorwärts“ und der anderen regierungssozialistischen Presse. Sie sind völlig auf den Hund gekommen, diese Wortführer der alten, sozialdemokratischen Partei, von der Ebert noch kühnlich behauptet, daß sie eine „Klassenkampfpartei“ sei.

Die russische Revolution und die Arbeiter.

Der bolschewistische Kommissar im Arbeitsministerium, A. Schkapnikow, hat am 4. Januar folgenden Aufruf an alle Arbeiter veröffentlicht:

„Genossen! Eine unerhörte schwere, drückende Zeit rückt heran. Die Industrie unseres Landes, die lediglich geleitet von Inter nach Kriegsgewinnen, im Verlauf der dreieinhalb Kriegsjahre sohemelos mobilisiert wurde, verliert jetzt einen großen Teil ihrer Aufträge. Die Einschränkung der Kriegsindustrie fällt in eine Zeit des gewaltigsten Kampfes zweier Klassen, zweier Welten — der Welt der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung und jener der brüderlichen Gemeinschaftsarbeit aller Geknechteten. Der politische Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird im ganzen Reiche von einem furchtbaren wirtschaftlichen Zerfall begleitet. Die Organisations der kapitalistischen Wirtschaft; die Fabrikanten und Bankleute mit ihrem Schwarm von bedientenhaften Mitarbeitern (Beamten, Ingenieuren usw.), die sich von den Broden der Unternehmerrückgewinn nähren, versuchen die heranrückende Krise auszunutzen, um mit der knöchernen Hand des Hungers und des Wirtschaftszersfalls die Arbeiterklasse an der Gurgel zu packen und die Revolution zu erwürgen."

Jeder Arbeiter, jeder Soldat, jeder Bauer, alle Kinder der Revolution, müssen sich in dieser furchtbaren Stunde zusammenschließen, um mit ihrem bewußten Sinn, ihrer verständnisvollen Mitarbeit, ihren starken Händen und kraftvollen Schultern unsere Wirtschaft vor dem Zerfall zu retten. Die von den Kriegsarbeiten befreiten Betriebe müssen von den Arbeiterorganisationen für die Erzeugung von Gegenständen des Volkskonsums hergerichtet werden. Jeder muß jetzt dessen eingedenk sein, daß er nicht für den Profit der Kapitalisten, sondern im Interesse aller Werktätigen arbeitet, und daß der Arbeiter und der Bauer die wirklichen Herren unseres Landes geworden sind. Und alle müssen sich zu den Fabriken, Werken und sonstigen Betrieben wie zu ihrer Arbeit so verhalten, wie es einem guten, uneigennütigen sozialistischen Arbeiter zukommt."

Die Einschränkung der Kriegslieferungen und der wirtschaftliche Zerfall, die zur Einstellung von Betrieben führen, tragen Trauer in die Reihen der Arbeiter hinein, und das Gespenst des Hungers, die Furcht vor der Arbeitslosigkeit schweben über den Köpfen der breiten arbeitenden Massen. Und diese Furcht,

ererbte von unseren geknechteten Vätern, hält unsere mutigen Gedanken im Banne kapitalistischer Vorstellungen, hemmt die großen Bestrebungen zur Befreiung der ganzen Menschheit aus dem Joch der Ausbeutung und unterwirft sie den Sorgen um den morgigen Tag. Und viele beeilen sich, sich vor den nahenden Gefahren durch die Anhäufung von Papierrubeln zu schützen, sie fordern immer neue Lohnzulagen, Vorausbezahlung des Gehalts für einen Monat, Lohnnachzahlungen bei Beendigung der Arbeit usw. Die bürgerliche Presse, die provokatorischen und die reaktionären Elemente erfinden Theorien von der „grenzenlosen“ Erhöhung des Arbeitslohnes und versuchen, die Jagd nach dem Rubel anzufachen, um auf diese Weise Spaltung und Zerfall in die Arbeiterklasse hineinzutragen."

Nein, der überflüssige Rubel ist kein Rettungsmittel. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, jeder Bauer und jede Bäuerin müssen dessen eingedenk sein, daß die Rubel um so billiger sein werden, je höher ihre im Umlauf befindliche Zahl ist, und daß sie um so höher im Werte sein werden, je weniger Papiergeld und je mehr Waren vorhanden sind. Alle Anstrengungen der arbeitenden Massen müssen deshalb auf die Organisation der Arbeit, auf die Regelung unserer Volkswirtschaft gerichtet sein. Die Jarenregierung und die Koalitionsministerien haben dem revolutionären Volke den Ruin als Erbteil hinterlassen. Im Lande ist wenig Getreide, wenig Metall, wenig Stoffe für Kleidung und Wäsche, wenig Schuhzeug vorhanden. Es gibt weder Holz noch Kohle, noch Rapsöl und Petroleum. Und doch hat unser Land einen Ueberfluß an all diesen Dingen. Sie barren aber, wie die schlafende Königstochter, der Veräußerung der schaffenden Hand des Arbeiters, um ans Tageslicht zu treten. Die Arbeiter dürfen nicht glauben, daß die Befreiung von der herannahenden Prüfung von oben kommt, sie dürfen nicht hinter Papierrubeln Deckung suchen, sie müssen vielmehr Arbeitskolonnen bilden zur Beschaffung von Metallen, Kohlen, Holz usw. Die Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Fabrikkomitees und sonstige Arbeiterausschüsse) müssen selbst, gemeinsam mit allen technischen Kräften und, wo solche vorhanden sind, auch mit den Unternehmern, die Arbeiten organisieren, gemäß einem einheitlichen Wirtschaftssystem, das sich auf die Selbsttätigkeit der Arbeitermassen stützt, die eine strenge Arbeitsdisziplin einhalten. Die Arbeiter müssen ihren Bestrebungen: den Organisationen, großes Vertrauen entgegenbringen und nicht nur Forderungen an sie stellen. Alle Forderungen richtet ihr jetzt an euch selbst: wird die Arbeiterklasse imstande sein, die Erzeugung, die Verteilung, den Austausch zu organisieren, die Eisenbahnen und die Betriebe in Gang zu bringen, so werden ihre Forderungen dadurch selbst befriedigt sein; wird sie nicht dazu imstande sein, so erwartet uns der Rückfall in die Vergangenheit, unter das Joch der Ausbeutung, mit allen ihren Leiden und Schmerzen. Kompliziert und verantwortungsvoll sind die Aufgaben der Arbeiterklasse, groß die Ziele, die sie sich stellt. Und bei der Verwirklichung ihrer Ideale müssen die arbeitenden Massen alle ihre Kräfte auf die aufbauende, organisierte Arbeit richten. Die Feinde der Arbeiterklasse, ausgerüstet mit Erfahrung und Kenntnissen, die sie auf Kosten des Volkes erworben, warten auf den Zusammenbruch unserer Ziele und unseres Werkes. Schließen wir uns deshalb unter den roten Bannern unserer Organisationen zu festen Reihen zusammen, und durch unsere gemeinsamen Bemühungen werden wir die Hindernisse aus dem Wege räumen, die von der Geschichte auf unserem mühevollen Wege aufgestürzt sind."

Eine Siegesfeier der Reaktion.

Der Bund der Landwirte hat in diesen Tagen eine große Tagung abgehalten, die das 25 jährige Bestehen dieses Bollwerkes der preußisch-deutschen Reaktion feiern sollte. Die Herren, die auf dieser Tagung zu Wort kamen, haben aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und haben auch, frei von allen Hemmungen, in ihrer robusten Art ein Bekenntnis ihrer Weltanschauung ablegen können. Der Grundton aller Reden kündete die Zufriedenheit mit dem Stande der Dinge. Ökonomisch geht es den Herrschaften nicht schlecht, und politisch haben sie zurzeit drinnen und draußen alles erreicht, was ihres Herzens Sehnen war: Brest-Litowsk ist in die Brüche gegangen, den baltischen Klassen- und Standesgenossen wird zu Hilfe marschiert, die Offensive im Westen steht bevor, ihren Annexionswünschen winkt Erfüllung, das preußische Wahlrecht ist glücklich verschleppt und verhandelt (woll doch sogar der Staatsminister Dr. Friedberg in der Frage des Pluralwahlrechtes mit sich handeln lassen), was kann ein reaktionäres Herz mehr verlangen!

Am offenherzigsten war auf der Bündertagung wie immer Herr von Oldenburg-Janusch a u., der in seiner offenen und derben Art das ausplaudert, was seine Gesinnungsfreunde innerhalb und außerhalb des Bundes denken. Seine Rede wäre wert, den Arbeitern in vollem Wortlaut vorgelesen zu werden. Wir müssen uns leider auf die Wiedergabe einiger Stellen beschränken. So sagte Herr von Oldenburg im Rahmen heftiger Angriffe gegen die Politik Bethmann Hollwegs nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“:

„Was nach außen geschehen ist, das überwindet die Armee mit ihrem Heidenmuth, was aber nach innen geschehen ist, wie wir da herauskommen werden, das ist Gott dem Herrn bewußt (sehr richtig). Der Kanzler, der das eines Tages wieder in Ordnung bringt, auf den wird wohl geschossen werden, und wenn auf ihn nicht geschossen wird, taugt er nichts (Heiterkeit und Bravo); es kommt bloß darauf an, daß er selber auch schießt (Heiterkeit und Bravo).“

Der Regierungssozialismus mit seinem Kreditbewilligungseifer wurde von Herrn von Oldenburg folgendermaßen verhöhnt:

„Der Reichstag brüht sich damit und kommt sich ungeheuer groß vor, patriotisch, daß er die Gelder bewilligt hat, die notwendig waren für den Krieg. Ich kann dabei nichts finden. (Sehr richtig.) Wenn die Franzosen oder Russen nach Berlin gekommen wären, dann hätten sie mit dem Torschlagen auch vor den Herren Reichstagsabgeordneten nicht Halt gemacht. (Große Heiterkeit.) Eine ganz merkwürdige Erscheinung ist es aber gewesen, eines der vielen konfuse Gedanken des Herrn von Bethmann, nun plötzlich die Sozialdemokraten regierungsfähig machen zu wollen. Man kann der sozialdemokratischen Führung manches vorwerfen, dumm ist sie aber nicht. Dem Herrn Scheidemann nehme ich aus (Heiterkeit), der hat jetzt eine solche Dummheit gemacht, indem er sich zu früh dekourierte und einen schlecht vorbereiteten Streik in die Hand nahm. Was wollten sie denn machen? Bewilligt wurde das Geld sowieso, ob sie mitstimmten oder nicht, und das Gros ihrer Wähler das war selbstredend, das stand im Felde, das bekam Feuer auf den Fraz. Sie hätten also allein gehandelt!“

Und nun noch eins. Wenn sie bei Beginn des Krieges die Mittel versagt hätten, dann wäre dem ehrsamem Ebleher ein Grauen aufgestiegen vor der Sozialdemokratie, während jetzt die verschiedensten Leute glauben, daß sie eigentlich eine Gefahr kaum noch darstellt, daß sie sich patriotisch entwickeln wird, und auch der jetzige Munitionstreik hatte diese Meinung nicht ändern können. Gewiß, es kommen viele, die als Sozialdemokraten in den Krieg gegangen sind, anders zurück, der allmächtige Gott hat sich ihnen genadelt in dem Kanonendonner der Schlacht, und aus geprehtem Herzen ist die Bitte geübt: Jesus Christus, erbarme Dich meiner! Die sind nicht mehr Sozialdemokraten.“

Da hat nun der arme Regierungssozialismus fast ein dutzendmal Arm in Arm mit Oldenburgs Gesinnungsfreunden treu und brav die Kriegskredite bewilligt und muß sich jetzt so verspotten lassen.

Streik-Nachlese.

Der „Vorwärts“ brachte in seiner Nummer vom 17. Februar an der Spitze des gewerkschaftlichen Teiles eine Bekanntmachung, bei deren Lektüre viele Arbeiter an ein gewisses, in Arbeiterkreisen sehr bekanntes Sprichwort dachten. Die Stilübung lautete:

Achtung! Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes.

In den letzten Tagen werden wieder Flugblätter in den Betrieben der Metallindustrie Berlins verteilt, in denen vom Streiken die Rede ist. Auch werden wieder in der bekannten Weise die Gewerkschaftsleitungen angepöbelt.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, diesen Flugblättern keine Beachtung zu schenken und sich auch von jeder Verteilung dieser Flugblätter fernzuhalten.

Diese Flugblätter kommen von unbekannter und unverantwortlicher Seite und sind geeignet, uns großen Schaden zuzufügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Im Wahlrechtsauschuß des preussischen Dreiklassenhauses hat der Streik noch Anlaß zu allerlei Erörterungen gegeben. So führte ein Konservativer aus:

„Früher seien fluktuierende Elemente nicht vorhanden gewesen. Bei dem letzten Streik habe man gesehen, daß gerade die jüngsten Elemente männlichen und weiblichen Geschlechts diejenigen sind, die zu Ausschreitungen neigen. Diesen Leuten könne man doch nicht das Wahlrecht geben. Wenn das sozialdemokratische Ausschußmitglied von Erregung spreche, so weise es damit wohl auf die kommenden Ereignisse hin. Es sei ja allgemein bekannt, daß ein neuer Streik veranlaßt werden solle, weil die Drahtzieher sich mit dem Ausgang des letzten Streiks nicht zufrieden gaben. Dem Redner sei gesagt worden, daß der 18. Februar, der Tag vor dem Zusammentritt des Reichstags, dafür in Aussicht genommen sei.“

Einige Tage später wurde von konservativer Seite gesagt:

„Gerade in der letzten Zeit sind Umstände eingetreten, die auf die Reife des Volkes ein besonderes Licht zu werfen geeignet sind. Das sind die traurigen Erfahrungen des Streiks. Seine Verurteilung durch den Minister im Staatshaushalts-Ausschuß können wir unterschreiben, aber

anderer Meinung sind wir, wenn der Minister hinzugesagt hat, daß dieser Streik kein Vertrauen in das Volk nicht erschüttern könne. Es ist nicht richtig, daß nur eine kleine Anzahl Pflückervergeßener den Streik inszeniert hat. 200 000 Streikende in Berlin oder 19 Proz. sind keine kleine Minderheit, und draußen im Lande war die Zahl verschiedentlich noch größer. Der Kern unseres Volkes ist durchaus gut, aber das Volk ist gerade in den Industriezentren heute noch allzu fest in der Hand von gewissenlosen Hebern und Agitatoren, und diese treiben Dinge, die man nur als Landesverrat bezeichnen kann. Die Macht der Arbeiterführer ist keine geringe und leider ist der Einfluß derjenigen Arbeiterführer, die auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung stehen, dauernd im Sinken. Der beste Beweis dafür ist, daß jetzt wiederum zum Streik aufgefordert wird. Der Streik ist nicht der Ausfluß eines verbrecherischen Leidenssinn einiger weniger gewesen, sondern ein Symptom für den Nachrunder einzelner politischer Führer und für die politische Unreife weiter Teile des Volkes. So tüchtig unser Volk auch sonst ist — für das Wahlrecht ist es nicht reif. . . . Man darf auch nicht vergessen, wie feindlich heute ein Teil der äußersten Linken der Kirche gegenübersteht. Wollen Sie etwa dem von Herrn Hoffmann verführten Teil des Volkes das Recht geben, in kirchlichen Fragen mitzuentcheiden? Wir kommen ja schließlich zu russischen Verhältnissen. Im politischen Kampf hat noch immer die Partei den Sieg davongetragen, die die radikalsten Forderungen stellte. Auch heute wird es so sein. Es wird sich zeigen, daß, wenn wir diesen Weg gehen, sehr bald der rechte Flügel der Sozialdemokraten von dem linken niedergedrückt wird. Wir werden dann nicht mehr auf dem Wege der Vernunft bleiben, die Leidenschaften werden siegen und unsere Kultur wird zugrunde gehen.“

Der im Ausschuß vertretene Regierungssozialist erwiderte darauf:

„Während die Konservativen immer dagegen protestieren, daß den Arbeitern gewissermaßen als Belohnung für ihr Wohlverhalten das gleiche Wahlrecht gegeben würde, erklärt ihr Redner jetzt, man dürfe es den Arbeitern wegen des Streiks nicht geben. Es ist eine bekannte Weisheit, es immer so hinzustellen, als ob der Streik nur von gewissenlosen Agitatoren inszeniert sei. Der Streik hätte aber niemals einen solchen Umfang annehmen können, wenn nicht der Boden dafür vorhanden gewesen wäre. Dieser Boden aber ist die Unzufriedenheit der breiten Massen mit den schlechten Ernährungsverhältnissen, das Treiben der Vaterlandspartei und das Verhalten der Wahlrechtsfeinde in der Kommission. Selbst in den Reihen der katholischen Arbeiter herrscht tiefe Unzufriedenheit.“

Wenn der Konservative davon sprach, daß jetzt wieder neue Streiks inszeniert werden sollen, so hätte er im Interesse der Wahrheit hinzufügen sollen, daß die Gewerkschaften ausdrücklich davor warnen. Ungehört ist es, dem preussischen Volk die politische Reife abzusprechen. Damit zeigt der Konservative nur, daß er das Volk überhaupt nicht kennt. Im Volke herrscht die Stimmung, daß es um sein höchstes Recht betrogen werden soll. Will man den Staat vor inneren Erschütterungen bewahren, dann stelle man sich auf den Boden der Regierungsvorlage. Von den Konservativen wird es schließlich abhängen, ob unsere Entwicklung sich in ruhigen Bahnen vollziehen oder andere Bahnen wandeln soll.“

Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht folgende Eingabe an den Kaiser:

„Allergnädigster Kaiser!

In dieser schweren Kriegszeit haben wir acht- bis vierzehnjährigen Kinder unsere schwachen Kräfte dem Wohle des Vaterlandes gern gewidmet. Wir haben auf dem Felde gekämpft, gegart, Kartoffeln gekaut, gekaut und geerntet, Getreidegarben eingefahren und weitergereicht, die Kühe gehütet usw., damit die Munitionsarbeiter in den Städten Brot, Kartoffeln und Butter haben.“

Nun lesen wir, daß Tausende von ihnen nicht arbeiten wollen, und dadurch ihren Brüdern im Felde in den Rücken fallen und den feindlichen Engländern eine große Freude bereiten. Daher bitten wir allergnädigst: „Eure Kaiserliche Majestät wollen geruhen zu befehlen, daß diesen Leuten, so lange sie nicht arbeiten, kein Brot, keine Kartoffeln und keine Butter verabfolgt werden dürfen.“ Denn für Nichtstuer, Empörer und Vaterlandsverräter haben wir nicht gearbeitet.“

Eurer Majestät allergnädigste Schüler der Schule zu Alzenau.
Im Namen der andern. (Es folgen Namen — Red.)“

Im Reichstage hat Genosse Ledebour den Antrag eingebracht, den Genossen Dittmann für die Dauer der Sitzungsperiode des Reichstages aus der Haft zu entlassen. Der Art. 31 der Reichsverfassung sagt in seinem Absatz 3: „Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Sozialistenverfolgungen in Italien.

Die Kampfpause, die die deutsch-österreichische Offensive gegen Italien in die in jener Zeit noch heftig tobenden inneren Parteikämpfe brachte, ist einem ermüdenden Stellungskrieg an der inneren Front ge-

wichen. Die Gegensätze zwischen Sozialisten und Nationalisten, sozialistischer und nationalistischer Kriegspolitik sind deshalb um nichts geringer geworden, und nur der Austrag der Feindseligkeiten hat ein langames schleppendes Tempo angenommen. In den letzten Tagen scheint indessen die Regierung mit energischeren Maßnahmen gegen die kriegsfeindliche Haltung der ihr durch ihre unverföhliche Haltung mißliebigen Avantgarde vorgehen zu wollen. Die Verhaftung des sozialdemokratischen Parteisekretärs Lazzari ist dafür ein bezeichnendes Symptom, und auch aus dem Lager der Feinde des Sozialismus, von selten der reformistischen Sozialisten und Syndikalistischen werden Stimmen laut, die die Regierung entschieden auf den Weg der Repressalien drängen.

Wie der „Avanti“ vom 3. Februar mitteilt, ist aus diesen Kreisen soeben an die Deputierten des Fescolo die Aufforderung ergangen, für eine völlige Unterdrückung des sozialistischen Parteiorgans, des „Avanti“, einzutreten. Ueber die Motive, die zur Verhaftung Lazzari führten, weiß der „Messaggero“ folgendes zu berichten: Die Untersuchung des Falles Lazzari wird von dem Untersuchungsrichter des Strafgerichts zu Rom geführt. Einige Blätter hätten die Nachricht verbreitet, daß die Verhaftung Lazzari wegen eines Briefes des Parteisekretärs an den Bürgermeister von Mailand, Caldora, erfolgt sei, in dem dieser aufgefordert wurde, gelegentlich des Besuches des Ministerpräsidenten Orlando in Mailand von allen Veranstaltungen fernzubleiben und sich jeglichen offiziellen Aktes, selbst eines solchen der bloßen Höflichkeit, zu enthalten. Das Verfahren gegen Lazzari sei jedoch, weder wegen dieses Briefes noch eines sonstigen Schrittes, den er in seiner Eigenschaft als Sekretär der sozialdemokratischen Partei getan habe, erfolgt, sondern auf Grund von Vergehens, die er als Vertreter der revolutionären Parteigruppe und der Avantgardedirektion begangen hätte. Sie sollen darauf hingearbeitet haben, daß die Partei trotz der feindlichen Invasion und Okkupation des nationalen Bodens noch weiter in ihrer oppositionellen und kriegsfeindlichen Stellung verharre und unter Verurteilung der von den anderen Sozialisten und Arbeitergruppen, der Arbeits- sowie Konföderation eingenommenen Haltung, die nach der Katastrophe von Caporetto ihre Stellung am Kriege verändert hätten, einen entscheidenden Schlag vorbereiten sollte.

Die Unverlässigkeit dieser Darstellung des Sachverhalts darf jedoch angezweifelt werden. Der vom „Avanti“ dazu gegebene Kommentar freilich läßt kein Urteil zu, da er von der Zensur unterdrückt wurde. Dagegen wendet sich der Verteidiger Lazzari, A. Guardieri, in einer Zuschrift an den „Avanti“ gegen solche vom „Messaggero“ und Blättern ähnlicher Parteirichtung gebrachten Mitteilungen, als handelte es sich bei dem gegen Lazzari angestrebten Verfahren um besonders schwere Delikte. Aus dem „Avanti“ geht vielmehr deutlich hervor, daß die jenem zur Last gelegten Handlungen sich auf die von ihm als Sekretär der sozialdemokratischen Parteileitung verfaßten Zirkulare beziehen.

In Vertretung Lazzaris hat der Abgeordnete Oddino Morgari im Auftrage der Parteileitung vorübergehend das Sekretariat der Partei übernommen.

Arbeiter-Bildungsschule.

Schillerstraße 8. Eingang durch die kleine Tür im Eisengitter.

Sonntag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, findet der zweite Vortrag der Genossin Käthe Dunker statt, in dem das Thema: „Familie und Erbschaft“ behandelt wird. — Eintrittspreis 20 Pf.

Dienstag, den 26. Februar, wird Genosse Eduard Bernstein in seinem Kursus über Völkerrecht das Thema behandeln: „Die Erschütterungen des Völkerrechts durch die Lehre vom Weltkrieg“.

Der Bezirksbildungsausschuß wird nicht am 14., sondern am 28. März (Gründonnerstag) im großen Saale des Lehrervereinshauses einen Kunstabend veranstalten. Die Parteigenossen werden ersucht, mit ihren Veranstaltungen auf diesen Tag Rücksicht zu nehmen.

Aus den Organisationen.

Baumschulenweg. Am Montag, den 26. Februar, findet der Vespabend bei Krause, Kleefeldstraße 249, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes.

Charlottenburg. Frauen-Vespabend am Montag, den 26. Februar 1918, Rosinenstr. 4 (Stehbierhalle). Tagesordnung ist sehr wichtig. Anfang pünktlich 8½ Uhr.

Schöneberg. Am Dienstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Haendel, Vorderstr. 11, eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Stadtverordnetenversammlung. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Treptow. Frauen-Vespabend am Montag, den 25. Februar, bei Scholz, Gräßstraße 49.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 24. Februar, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, „Idealcasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminenhofstr. 48 bei D. Vamp; Freireligiöse Versammlung. — Vorm. 10½ Uhr, N. Frankfurterstr. 6; Vortrag des Herrn Dr. Hermann Dasse: „Vom Leiden lernen.“ — Gäste willkommen.

Jugendweihle in Neukölln.

Die Jugendweihle in Neukölln findet am 24. März statt. Meldungen sind im Büro, Nedarstraße 3, zu machen. Zur Teilnahme ist jeder berechtigt ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit. Es wird gebeten, die Meldungen baldigst zu erstatten.

Dankagung.

Für die erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Reinhold Pilz

sage ich allen Genossen und Genossinnen meinen herzlichsten Dank.
Frau Witwe Pilz.

Besten Dank

allen denen, die meinem lieben Mann das letzte Geleit gaben und mit zahlreichen Kranzspenden beehrten, insbesondere den Herren Sängern, dem Redner, sowie den Mitern der Arb. Baugenossenschaft „Paradies“ und seinen Kollegen der Knorr-Bremse, Bohnsdorf, den 20. Februar 1918.

Frau Frieda Dubia,
Hermann Dubia, als Sohn,
3. St. im Felde.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

6. Wahlkreis.

Im Felde verstarb infolge einer Lungenentzündung der 29 jährige Chauffeur

Heinrich Röcke

Stephanstr. 4, 12. Abt., Bez. 733.

Als Opfer des Krieges fiel am 6. November der 80 Jahre alte Friseur

Otto Burdach

Emdenstr. 25, 14. Abt., Bez. 706.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim, Bezirk Neuenhagen.

Als Opfer dieses unseligen Weltkrieges fiel unser Genosse

Max Barnid.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 18. Februar verstarb unser Genosse, der Schankwirt

Nikolaus Rüber

Oppelnerstr. 23, Bezirk 194.

Am 12. Februar verstarb unser alter Genosse, der Zigarettenfabrikant

Hermann David

Weidenweg 8, Bezirk 948.

Am 10. Februar verstarb unsere Genossin

Margarete Hambruch

Fruchtstr. 5, Bezirk 291.

Am 12. Februar verstarb unser langjähriger Genosse, der Maschinist

Reinhold Pilz

Petersburger Straße 85, Bez. 848, Abt. 31.

6. Wahlkreis.

Am Sonntag, den 17. Februar, verstarb unser Genosse, der Zimmerer

August Hinz

Lorhingstr. 28, 8. Abt., Bez. 601.

Desgleichen verstarb unser Genosse, der Hausdiener

Otto Rufferow

Triftstr. 59, 16. Abt., Bez. 757.

Am Sonntag, den 10. Februar, verstarb unser Genosse, der Friseur

Gustav Schweiger

Antwerpener Straße 48, 21. Abt., Bez. 764.

Am Mittwoch, den 18. Februar, verstarb unsere Genossin

Anna Thiermann

Jagowstr. 19, 13. Abt., Bez. 688.

Am 3. Dezember verstarb unser Genosse, der Zimmerer

Wilhelm Bentzin

Emdenstr. 33, 14. Abt., Bez. 706.

Ehre ihrem Andenken!

Niederbarnim.

Realpolitik oder Illusionspolitik?

Von Rudolf Breitscheid.

Während seine rednerischen und schriftstellerischen Trabanten und Helfer den Kampf gegen die Unabhängigen in der Hauptsache mit persönlichen Angriffen führen, bemüht sich der Kandidat der Abhängigen selbst, die sachlichen Gegensätze zwischen seiner und unserer Partei herauszuarbeiten. In einem Flugblatt sowohl wie in einem Artikel, mit dem er im „Vorwärts“ meine in der vorigen Nummer des Mitteilungsblattes gemachten Ausführungen zu widerlegen sucht, glaubt er die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns auf die Formel bringen zu können, daß er auf dem Boden der Realpolitik stehe, während ich eine Illusionspolitik verträte. Das von ihm verfaßte Flugblatt schließt, es gelte eine wirtschaftlich tief zerrissene Welt wieder aufzubauen. „Ob das möglich sein wird nach den Grundsätzen der von mir entwickelten Politik, mögen die Wähler entscheiden, ob Realpolitik oder Illusionspolitik, darüber haben sie zu urteilen.“

Daß unsere Anschauungen von den Gegnern als Illusionen behandelt werden, ist uns keineswegs neu. Nur waren bis zum Kriege alle Sozialdemokraten in der gleichen Verdamnis. Bürgerliche Politiker, die sich nicht ohne weiteres die Kampfmethoden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu eigen machen wollten, pflegten unsere Illusionen und Utopien zu verspotten und mit behäbigem Selbstbewußtsein auf das feste Fundament ihrer eigenen Auffassung der Dinge hinzuweisen. Die Sozialdemokratie hat sich damals von diesen Realpolitikern nie sonderlich imponieren lassen und ist sowohl über die Sparagmes des Herrn Eugen Richter wie über andere mehr oder weniger geistvolle kritische Angriffe gegen ihre Illusionen lächelnd zur Tagesordnung übergegangen. Es stellte sich immer sehr bald heraus, daß der Boden, auf dem die Gegner festen Fuß gefaßt zu haben glaubten, den Anforderungen keineswegs genügte, daß er ins Schwanken geriet und zusammenbrach, während wir mit unserer Illusionsfähigkeit dem Kern und dem Wesen der Dinge beträchtlich näher kamen.

Von jener Zeit her haben wir ein wohlbegründetes starkes Mißtrauen gegen die behalten, die sich ihrer realpolitischen Einsicht rühmen, und wenn wir uns die Ausführungen des regierungssozialistischen Kandidaten etwas näher ansehen, so können wir uns auch jetzt nur dazu beglückwünschen, daß wir nicht auf der realpolitischen Seite stehen.

Ueber die Notwendigkeiten des Klassenkampfes stellt Wissel den Zwang zur Verteidigung des eigenen Vaterlandes und versichert, die Fundamente einer neuen Zeit hätten nur auf dem Boden einer in ihrem Aufstieg unzerbrechbar mit der Entwicklungsfreiheit des nationalen Wirtschaftslebens verknüpften Arbeiterklasse gelegt werden können. Damit und mit seinen sonstigen Bemerkungen ist keineswegs widerlegt, was ich vor acht Tagen über die große Gefahr der Verwischung der Klassengegensätze gesagt habe, und es werden höchstens einige neue Fragen aufgerollt, deren Beantwortung ein Sozialdemokrat sich nicht entziehen kann.

Wenn die Verknüpfung der Arbeiterschaft mit dem nationalen Wirtschaftsleben das Proletariat in eine Front mit einer bürgerlichen Regierung und mit kapitalistischen Parteien hineintreibt, ist es dann genötigt, stets und unter allen Umständen die Vaterlandsverteidigung so aufzufassen wie diese? Nehmen wir einmal an, die Wünsche der Annexionisten würden erfüllt, und im Osten wie im Westen erweiterten sich die Grenzen des Deutschen Reiches durch die Angliederung von Gebieten mit Bewohnern anderer Nationalität. Nehmen wir weiter an, daß, um das so erworbene Land dem Deutschen Reiche wieder zu entreißen, ein neuer Krieg entfesselt würde. Muß die Arbeiterschaft sich auch dann, von der Erwägung ausgehend, daß ihre Entwicklungsfreiheit mit der des Staates eng verknüpft ist, schützend und helfend hinter die Regierung stellen? Ich sehe diesen Zukunftsfall, weil er das Problem vielleicht klarer beleuchtet, als

eine Kritik der Umstände, unter denen der jetzige Krieg entstanden ist, es im gegenwärtigen Momente vermag. Bei einigem Nachdenken wird jeder die Schlussfolgerungen auch für die Gegenwart zu ziehen vermögen.

Bleiben wir indessen zunächst einmal bei diesen Zukunftsfragen. Der realpolitische Herr Wissel leugnet von vornherein die Möglichkeit des Eintretens solcher Eventualitäten. Er stellt sich auf den Standpunkt, die Gefahr, die dem Deutschen Reich drohe, sei heute nicht geringer als am 4. August 1914. Die Erklärungen Lloyd Georges und Wilsons seien nur darauf berechnet, der Friedenssehnsucht im eigenen Lande Rechnung zu tragen, und er fährt dann wörtlich fort: „In der Erkenntnis, daß die Westmächte noch nicht zum Frieden bereit sind, hat das Volk die moralische Kraft zum Tragen der Kriegsleiden aufgebracht. Und weil es an den Friedenswillen der Regierung glaubt! An einen Friedenswillen, der keine Hintergedanken hat, der sein Ziel auf die Verständigung mit allen den mit uns im Streit stehenden Völkern richtet, der jedem Volke Ehre, Dasein und Entwicklungsmöglichkeiten läßt und gibt, wo sie noch nicht vorhanden waren.“ Heute, so sagt er, kann nur eine dieser Ueberzeugung entsprechende Politik getrieben werden, und er ruft aus: „Möge der Frieden mit dem Osten zeigen, daß es Deutschland mit einem Verständigungsfrieden wirklich ernst ist.“

Der Realpolitiker Wissel hat entschieden Recht. An demselben Tage, an dem sein Flugblatt verbreitet wurde, verkündeten die Zeitungen die Erneuerung des Kriegszustandes mit Rußland. Zwar werden im „Vorwärts“ die Bolschewiks für den Abbruch der Friedensverhandlungen verantwortlich gemacht, und dieselben Leute, die noch vor einigen Wochen die Trotsky und Lenin priesen und deren Vertreter in Stockholm und anderwärts mit Kadel und Genossen eifrig verhandelten, stellen jetzt die russischen Revolutionäre als Verbrecher an der Menschheit hin.

Sind es wirklich die Bolschewiks, die den Frieden im Osten verhindert haben? War der Verständigungsfriede und der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie wir — und doch wohl auch Herr Wissel — ihn verstehen, nicht bereits ausdrücklich aufgegeben, als die Vierbundsmächte Ende Dezember die Loslösung Kurlands, Livlands usw. auf Grund von außerordentlich fragwürdigen Volksabstimmungen zur Bedingung des Uebereinkommens mit Rußland machten? Beweist nicht das Aufbegehren der Polen gegen den Friedensschluß mit der Ukraine die Berechtigung der von uns gehegten Zweifel und Bedenken?

Mir scheint, als ob es gar keine schlimmeren Illusionen geben könne als die, denen Herr Wissel und seine realpolitischen Freunde Ausdruck verliehen haben. Leider beruht ja ihre ganze Friedenspolitik auf derartig falschen Voraussetzungen. Sie haben sich an die berühmte Resolution vom 19. Juli des vergangenen Jahres geklammert, obwohl diese Resolution nichts anderes war, als ein Fezzen Papier, der von den bürgerlichen Parteien gar bald zerrissen wurde. Sie haben an die Regierung geglaubt, obwohl alle Anzeichen dafür sprachen, daß diese unter den wechselnden Kanzlern weit davon entfernt war, einen Frieden der Verständigung nach sozialdemokratischem Begriff herbeizuführen. Sie haben versichert, daß eine Antwort des Reichskanzlers auf die Frage nach dem Schicksal Belgiens für uns nicht mehr erforderlich sei. Sie waren mit einem Wort voller Vertrauen und sind es bis zum heutigen Tage. Sie denken nicht daran, sich aus dem Block zu lösen, der sie mit den bürgerlichen Parteien verbindet, und es liegt nicht in ihrer Absicht, die anderen sich aus der Situation ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

Wenn das Realpolitik ist, dann wissen wir freilich nicht, wo die Illusionen anfangen.

Und die Vertrauensseligkeit der Abhängigen liegt ja nicht nur auf diesem Gebiete. Im September jubelte Scheidemann: „Gegen den Reichstag kann in Deutschland keine Instanz mehr Politik treiben.“ Daß zum mindesten ohne den

Reichstag Politik getrieben werden kann, haben wir inzwischen wahrhaftig oft genug erfahren. Aber nach wie vor glauben die Scheidemannleute an den Parlamentarismus, an die Neuorientierung, an die Demokratisierung. Nach wie vor sind sie davon überzeugt, daß Deutschland, wie es der „Vorwärts“ einmal ausdrückte, jetzt in gleicher Schulterhöhe mit den demokratischen Staaten Europas halte.

Das aber nennen sie fest auf dem Boden der Wirklichkeit stehen! Ich glaube, die Unabhängige Sozialdemokratie darf sich glücklich preisen, daß sie auf eine solche Realpolitik verzichtet und nach wie vor an ihren „Illusionen“ festhält.

Die bürgerlichen Kandidaturen.

Wie bereits gemeldet, treten die bürgerlichen Parteien nun doch in Niederbarnim mit eigenen Kandidaten auf. Der eine ist ein Fortschrittler, das heißt also ein den Regierungssozialisten besonders nahestehender Bloßbruder. Die Kriegspolitik der Fortschrittler ist so zweideutig und ihre Stellungnahme zu den Arbeitern gerade in den letzten Wochen so eindeutig gewesen, daß sich die Haltung, die wir in den Auseinandersetzungen mit ihnen einzunehmen haben, von selbst ergibt.

Der andere bürgerliche Kandidat trat zunächst in der Maske eines Nationalliberalen auf die Bühne. Sein wirklicher Charakter aber wurde durch die Lokalpresse sehr schnell offenbar: er ist der Schildträger der „Deutschen Vaterlandspartei“. Wir brauchen uns also nicht lange bei den besonderen nationalliberalen Sünden aufzuhalten, sondern können uns gleich die mit dem Gelde der Schwerindustrie und anderer Kriegsgewinner gespeiste alldeutsche Organisation aufs Korn nehmen. Wir werden gegen sie kämpfen unmittelbar, indem wir ihre friedens- und volksfeindlichen Tendenzen enthüllen, mittelbar, indem wir nachweisen, daß die Politik der Mehrheitssozialisten einen großen Teil der Schuld daran trägt, daß die Vaterlandspartei zu einer solchen Macht im Staate werden konnte.

Nach einer Meldung der „Tägl. Rundschau“ haben nun auch die Konservativen einen Kandidaten aufgestellt und zwar den Amtsvorsteher Kühn-Birkenwerder.

Interessant ist, was die „Nationalliberale Korrespondenz“ zur Begründung der nationalliberalen Kandidatur zu sagen hat:

„Obwohl die nationalliberale Partei sich schon seit vielen Jahren nicht mehr an der Reichstagswahl in Niederbarnim mit einem eigenen Kandidaten beteiligt hat, ist die Aufstellung diesmal doch erfolgt und zwar wesentlich von dem Gesichtspunkte, alle bürgerlichen Elemente an die Wahlurne heranzubringen, um für den Fall einer Stichwahl eine möglichst große bürgerliche Entscheidungsmacht zu schaffen. Es ist klar, daß der Appell jeder einzelnen bürgerlichen Partei an ihre Anhänger im Wahlkreise gerade angesichts der gegenwärtigen schwierigen politischen Verhältnisse die Beteiligung der bürgerlichen Schichten an der Wahl mehr fördern wird, als wenn ein Kompromißkandidat von verschiedenen Parteien aufgestellt würde.“

In Wirklichkeit soll damit erreicht werden, daß durch die Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen eine Stichwahl zwischen Breitscheid und Wissel zustande gebracht wird, um dann den ganzen bürgerlichen Heerbann für den Regierungssozialisten aufmarschieren zu lassen. Denn daß der als „Kompromißkandidat“ bei den nationalliberalen und fortschrittlichen Unternehmern und Spießbürgern und schließlich auch bei den konservativ-reaktionären Elementen alle Hilfe gegen den verhassten Unabhängigen finden wird, ist selbstverständlich, wie schon die Wahl in Potsdam-Osthavelland bewiesen hat. Die Arbeiter haben daher dafür zu sorgen, daß dieser schöne Plan schon beim ersten Wahlgange zu Wasser wird.

Breitscheid erhält keinen Urlaub!

Unser Kandidat, Genosse Breitscheid, hat am vergangenen Montag zur Front zurückkehren müssen. Alle Versuche, über seinen

ordnungsmäßigen Urlaub hinaus für ihn einen Urlaub bis zum Wahltage zu erhalten, sind fehlgeschlagen. Ob neue Bemühungen in dieser Richtung Erfolg haben werden, ist zweifelhaft.

Die Ablehnung desurlaubes vermehrt natürlich die Schwierigkeiten unserer Wahlarbeit. Um so dringender aber ist es erforderlich, daß nun jeder Einzelne seine ganze Kraft einsetzt, um trotzdem unserer Sache zum Siege zu verhelfen.

Die Kampfesweise der Abhängigen.

In einer von den Unabhängigen einberufenen Versammlung zu Bernau, in der der Genosse Ledebour referierte, trat in der Diskussion als Wortführer der Abhängigen ein Herr Schmidt auf, der sich nach den mir gewordenen Mitteilungen in den gehässigen Ausfällen gegen meine Person ergangen hat. Den Gipfel erreichte er mit der Behauptung, ich sei seinerzeit nur unter der Bedingung in die Partei eingetreten, daß mir ein besoldeter oder gar ein aut besoldeter Posten gegeben werde. Er besah den Gesandten, zur besseren Illustrierung seines Anwurfs dabei mit den Fingern die Bewegung des Geldzählens zu machen.

Mich mit Herrn Schmidt des längeren auseinandersetzen, halte ich für unter meiner Würde, und beschränke mich auf die kurze Feststellung, daß seine Behauptung eine glatte Lüge ist.

Wie miserabel schlecht muß es doch mit den tatsächlichen Beweisgründen der Regierungssocialisten bestellt sein, wenn sie sich genötigt sehen, zu solchen gemeinen Mitteln persönlicher Verdächtigung ihre Zuflucht zu nehmen.

Soweit festgestellt wurde, ist der Bernauer Diskussionsredner identisch mit dem Herrn Schmidt, der als Angestellter des Brandenburger Büros der Abhängigen arbeitet. Da darf ich wohl daran erinnern, daß er und sein Kollege Wels, der Leiter dieses Büros, mich in den Jahren 1912-14 immer wieder erfolglos aufgefordert haben, in den einzelnen Orten ihres Agitationsbezirks und nicht zuletzt im Wahlkreis dieses Herrn Schmidt, Referate zu übernehmen. Damals bot ihnen meine Person nicht den geringsten Anstoß. Rud. Breitscheid.

Herr Heilmann und das Vaterland.

Bei Ernst Heilmann, dem Herrn, der mit seiner „Internationalen Korrespondenz“ im Dienste der Mehrheitssozialisten und zur besonderen Freude aller Konservativen und Alldeutschen arbeitet, hat mein Artikel in Nummer 46 des Mitteilungsblattes stark mißfallen. Ich könnte mich darauf beschränken, meine Genugtuung darüber auszusprechen, es ist aber um der Beurteilung der Mehrheit willen doch vielleicht zweckmäßig, die wesentlichsten Teile seines Ergusses einem größeren Kreise zur Kenntnis zu bringen.

Dieser Herr wagt es, in einem Artikel in den Mitteilungsblättern seiner Partei, in der er zu seiner eigenen Wahl auffordert, „von dem Begriff der Vaterlandsverteidigung“ zu sprechen, „wie er von bürgerlich-kapitalistischer Seite aufgestellt und verstanden wird“.

Das schreibt ein Mann in einer Zeit, in der soeben noch der oberste Verbandskriegsrat der Allierten energischer Maßnahmen zur Zusammenfassung der Allierten gegen Deutschland beschloßen hat, in der die äußerste Verschärfung der Kriegsführung von unseren Gegnern angekündigt wird! Das spricht ein Mann aus, der sich noch bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen als nationaler Kandidat um ein Reichstagsmandat bewarb, dem der damals doch sicher auf dem rechten Flügel seiner Partei stehende Abgeordnete Heine zu radikal war, so daß er ihm in Dessau als Gegenkandidat gegenübertrat.

In diesem Tone geht es dann noch eine Weile weiter.

Um das Nebenwichtige an die Spitze zu stellen, so gehört die Behauptung, ich hätte in Dessau gegen Heine kandidiert, zu den zahlreichen „Ungenauigkeiten“ der „Internationalen Korrespondenz“. Das war nicht ich, sondern einer, der jetzt in den Reihen der Regierungssocialisten steht und, gestützt auf die bürgerlichen Stimmen, den Unabhängigen ein Stadtverordneten-Mandat entrisen hat. Nebenbei kann ich Herrn Heilmann die Versicherung geben, daß es in der Demokratischen Vereinigung wenig Leute gab, denen sein Freund Heine zu radikal war. Vielleicht ging man bei der Aufstellung einer Kandidatur in Dessau eher von entgegengekehrten Erwägungen aus.

Doch wichtiger ist das andere. Ich bekenne mich dazu, von dem Begriff der Vaterlandsverteidigung gesprochen zu haben, „wie er von bürgerlich-kapitalistischer Seite aufgestellt und verstanden wird“, und nagele fest, daß Herr Heilmann und seine Parteigenossen unter Vaterland und Vaterlandsverteidigung das selbe verstehen

wollen, wie die bürgerlich-kapitalistischen Parteien. Das heißt also, daß sie, um von anderem zu schweigen, dem Begriff der Vaterlandsverteidigung eine Auslegung geben, die sie in ihren Konsequenzen an die Seite der alldeutschen Anexionisten führen muß.

Das zu wissen, ist für den Wahlkampf wertvoll, und ich bin nur ein wenig im Zweifel, ob nicht Herr Wiffel gelegentlich das Strohgebüt zum Himmel sendet: Gott beschütze mich vor meinen Freunden!

Genosse Breitscheid schreibt uns:

Genosse Mehring legt Wert auf die Feststellung, daß sein Artikel im Stuttgarter „Sozialdemokrat“, in dem er meine Kandidatur in Niederbarnim kritisiert, geschrieben worden ist, bevor die Aufstellung der Kandidatur tatsächlich erfolgte.

Da mir die betreffende Nummer des „Sozialdemokrat“ nicht zugegangen war, die Auszüge aus dem Artikel im „Vorwärts“ und anderen Blättern aber erst längere Zeit nach meiner Aufstellung erschienen, war ich über die Datierung des Mehring'schen Artikels nicht unterrichtet. Es besteht nun natürlich kein Anlaß mehr zu den Behauptungen, die ich in der vorletzten Nummer des Mitteilungsblattes über diesen Punkt äußerte.

Wahlhilfe in Niederbarnim.

Die bevorstehende Erswahl in Niederbarnim erfordert die Mithilfe der Genossen in Groß-Berlin. Die Regierungssocialisten wollen die Wahl zu einer Kraftprobe zwischen sich und uns gestalten. Man hofft, daß der Wahlausfall von großer Nachwirkung für die allgemeinen Wahlen sein wird. Den Regierungssocialisten steht die den Berliner Genossen geraubte Presse zur Verfügung, wir sind ohne Zeitung. Die Gewerkschaftsangehörigen sind interessiert an einer eigenen Anteilnahme an der Werbearbeit. Das muß für unsere Genossen doppelt Anlaß sein, alle Kräfte der Agitation in Niederbarnim zur Verfügung zu stellen und eifrigen Anteil an der Wahlarbeit in Niederbarnim zu nehmen. Es muß verhindert werden, daß ein Vertrauensmann der Generalkommission, jener reaktionären verführten Einrichtung der Durchhaltepolitik als Sieger aus der Wahl hervorgeht.

Eine Wählerversammlung in Pichtenberg fand am 15. Februar statt und wies guten Besuch auf. Reichstagsabgeordneter Wurm teilgenommen eingehend die Stellung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu den politischen Fragen. Der Kandidat des Kreises, Genosse Rudolf Breitscheid, legte darauf seinen Standpunkt dar, der in einem Bekenntnis zum internationalen Sozialismus seinen Ausdruck fand, was stürmisch begrüßt wurde. Einstimmig wurde Breitscheid als Kandidat bestätigt und aufgefordert, rege Werbearbeit zu betreiben.

In einer Wählerversammlung in Bernau am 17. Februar schilderte Genosse Ledebour die politische Situation. Hier hatte sich aus Berlin eine Sprengkolonne eingefunden, die, aus Regierungssocialisten bestehend, die Versammlung zu einem Tumultplaz wüster Schimpferei und Radaus zu machen sich bestrebte. Richard Schmidt vom Brandenburger Büro griff in der Debatte Breitscheid in der persönlichen Weise an und behauptete, Breitscheid sei nur aus materiellen Gründen zur Sozialdemokratie gekommen. Natürlich ist die Politik Scheidemann-Regien die einzig wahre. Die Ausführungen lösten große Empörung und Erregung aus, zumal Ledebour mit keinem Worte auf die Person Wiffels eingegangen war. Nicht viel besser waren die Ausführungen von Zucht. Unter den Zwischenrufern tat sich besonders Herr Lesser hervor. Die Unruhe der Versammlung stieg durch die etwa ein Duzend Mann betragende Sprengkolonne aufs höchste. So daß der Ueberwachende Miene machte, aufzulösen. Der Vorsitzende ließ eine kurze Vertagung eintreten. Dann konnte Ledebour sein Schlusswort halten, ständig von den Radaubrüdern unterbrochen. Sie haben den Wählern gezeigt, was Geistes Kinder sie sind. Die Wähler werden das hoffentlich beachten.

Spandau. Am Sonntag, den 24. Februar, früh 8 Uhr, treffen sich die Spandauer Genossen bei Kant, Siemensstraße 24, zur Flugblattverbreitung in den 152 zum Niederbarnimer Wahlkreis gehörenden Häusern der Siemensstadt. — Dienstag, den 26. Febr., abends 8 Uhr, findet bei Kant die erste Wählerversammlung statt. Zahlreiche Beteiligung dringend erforderlich. Der Vorstand.

Waldmannsluk und Umgegend. Dessen Wählerversammlung am Sonntag, den 3. März 1918, nachmittags 4 Uhr, in Hermsdorf, Restaurant Bellevue (Inb. Pfeffer). Referent: Landtagsabgeordneter Doser. Freie Aussprache.

Urteile

des außerordentlichen Kriegsgerichts.

In der Berliner Presse finden wir folgende Veröffentlichungen über die Tagung des außerordentlichen Kriegsgerichts in Moabit:

Der 40jährige Maschinenschlosser Johann Ratzeck hat am 31. Januar auf dem Alexanderplatz

versucht, einen Straßenbahnwagen zum Halten zu bringen, was ihm auch gelang. Er hat, wie das Gericht als erwiesen ansah, die Bremse abgeschraubt und schließlich einem Schutzmann Widerstand geleistet. Er wurde wegen versuchter Transportgefährdung, Widerstandes und Aufruhrs zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. — Der 40jährige Fräser Karl Meyer hat sich an einem Aufmarsch in der Reichsstraße beteiligt und einen Straßenbahnwagen zum Halten gezwungen. Seine Strafe lautete auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus. — Wegen eines ähnlichen Angriffs auf Straßenbahnwagen wurde der noch nicht 19jährige Friseurlehrling Paul Gleemann zu einem Jahr Zuchthaus, der erst 17jährige Schlosser Hermann Spitzer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. — Der 31jährige Former Paul Marckel hatte am 2. Februar vor den „Berliner Arbeit-Richtern“ die Arbeiterinnen aufgefördert, die Arbeit einzustellen und Flugblätter verteilt. Ihn traf eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis.

In einer Reihe von Fällen, in denen Arbeiter beziehungsweise Arbeiterinnen angeklagt waren, zum Streik aufgefordert und sich dadurch des versuchten Landesverrats schuldig gemacht zu haben, erfolgte wegen mangelnden Beweises die Freisprechung. Dagegen verurteilte das Gericht den 17jährigen Mechaniker Erich Wroth, der bei Geberit in Langwitz tätig war, aber nicht mitstreifte, zu drei Monaten Gefängnis. Er wurde für überführt erachtet, sich in die Wohnung eines Arbeiters — eines Russen — begeben, ihm von dem Ausbruch des Streiks Kenntnis gegeben und zur Teilnahme aufgefordert zu haben.

Wegen versuchten Landesverrats, in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Nötigung, hatten sich acht Personen zu verantworten. Sie wurden beschuldigt, in der Frühe des 1. Februar in der Nähe des Bahnhofes Grünau Streikposten gestanden und Arbeitswillige verhindert zu haben, zur Arbeit nach Johannisdahl zu gehen und dabei Drohungen ausgesprochen zu haben. Da die Angeklagten nicht widererkannt werden konnten, wurden sie sämtlich freigesprochen. — Der Tischler Johann Wittenberg ist von der Polizei beobachtet worden, wie er vielfach in das bei einem Gastwirt Balke in Neukölln befindliche Vereinszimmer mit Paketen hineinging. Er behauptete, daß in den Paketen sein Werkzeug sich befunden habe. Das Gericht sah dies durch die Beweisaufnahme für widerlegt und für erwiesen an, daß die Pakete Streifflugsblätter enthalten und in dem Vereinszimmer sich das Streikbüro befunden habe. Der Angeklagte wurde wegen versuchten Landesverrats zu sechs Monaten Zuchthaus, umgewandelt in neun Monate Gefängnis, verurteilt. — Während einer Zusammenrottung im Humboldthain hatte der Arbeiter Max Behling der Menge die durch einen reitenden Schutzmann auseinandergetrieben werden sollte, zugerufen: „Holt den Mann doch vom Pferde herunter.“ Die Menge hat dann auch danach gehandelt. Der Angeklagte wurde als Rädelsführer bei einem Aufruhr zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Zwölf Personen standen unter der Anklage, entgegen dem Befehl des Oberkommandierenden in den Marken vom 1. Februar 1918, die Arbeit in einem unter militärische Verwaltung gestellten Kriegsbetriebe bis zum 4. Februar nicht wieder aufgenommen zu haben. Die Angeklagten sind, bis auf einen noch jugendlichen, Männer in vorgeschrittenen Jahren und Familienväter. Sie arbeiteten in den Daimler-Motoren-Werken, Zweigniederlassung Marienfelde. Sie waren, als der Streik ausbrach, von der Arbeit weggeblieben und trotz des am 1. Februar erlassenen Befehls nicht dorthin zurückgekehrt. Die von ihnen vorgebrachten Entschuldigungen sind nicht als ausreichend erachtet worden. Das Gericht sprach einen Angeklagten frei und verurteilte die übrigen sämtlich zu je 3 Monaten Gefängnis. — Wegen versuchten Landesverrats und tätlichen Widerstandes stand der 23jährige Werkzeugarbeiter Adolf Balbhauer unter Anklage. Er war verdächtig, in der Nähe der Waidischen Fabrik in der Krautstraße Streikposten zu stehen. Er sollte listig werden, leistete aber Widerstand und schlug so mühen um sich, daß er erst durch vier Schutzeute überwältigt werden konnte. Das Gericht hielt den Angeklagten des versuchten Landesverrats nicht für überführt, verurteilte ihn aber wegen tätlichen Angriffs zu sechs Monaten Gefängnis. — Einer Eisenbahntransportgefährdung hat sich der 19jährige Fräser Emil Strikus, dessen Vernehmung nur unter Beihilfe der Dolmetscherin Frau Schenk möglich war, schuldig gemacht. Er wollte sich am 31. Januar nach einer Arbeitsstätte begeben, geriet in der Landberger Straße in eine große Menschenmenge und war behilflich, einen Straßenbahnwagen umzuwerfen, nachdem dort schon vier umgestürzte Wagen auf dem Dammlagen. Die Beweisaufnahme ergab die Schuld des Angeklagten. Das Urteil lautete auf ein Jahr Zuchthaus, wobei auf die Minderwertigkeit des Angeklagten Rücksicht genommen wurde. — Eine höhere Strafe traf den 19jährigen Kohlenarbeiter Herbert Haase, der am 1. Februar sich an einem starken Menschenauflauf in der Stallger Straße, der es besonders auf Straßenbahnwagen abgesehen hatte, beteiligte. Der Angeklagte wurde beobachtet, daß er mit einem Messer an drei Wagen die Strippe der Frontkängge durchschnitt. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. — Eine Frau Anna Kramme war am 31. Januar, als die Ansammlungen von Streikenden im Humboldthain durch Schutzeute auseinandergetrieben wurden und in die anliegenden Straßen stürzten, in der Ackerstraße trotz der gegenteiligen Anordnungen eines Wachtmeisters stehen geblieben, wie sie behauptete, um auf eine Straßenbahn zu warten. Als sie zur Wache geführt werden sollte, leistete sie passiven Widerstand und stemmte sich gegen den Boden. Mit Rücksicht auf ihren leidenden Zustand bemah das Gericht die Strafe nur auf 3 Monate Gefängnis. — Ebenso hat die Munitionsarbeiterin Minna

Schleier Widerstand gegen einen Beamten geleistet. Sie kam am 31. Januar in der Nähe des Alexanderplatzes bei einer Annäherung von Menschen in Konflikt mit einem Schutzmännchen und schlug diesen mit ihrer Handtasche ins Gesicht. Der Strafantrag lautete auf sechs Monate, das Urteil auf drei Monate Gefängnis. — Wegen die Arbeiterin Klara Scherwath beantragte der Richter ein Jahr Gefängnis, weil sie in der Köpenicker Straße, während eine Menge aus Trestow zurückkehrender Menschen das Eingreifen der Polizei notwendig machte, vergeblich zum Weitergehen aufgefordert, Widerstand leistete und auch noch mit einer Handtasche nach dem Beamten geschlagen hat. Mit Rücksicht auf ihre offenbar vorhandene leichte Erregbarkeit belieh es das Gericht auf sechs Monate Gefängnis. — Wegen versuchten Landesverrats war der Arbeiter Karl Hebe angeklagt. Dieser war in der Flugzeugfabrik in Adlershof beschäftigt, wo am 31. Januar eine große Zahl von Arbeitern in den Ausstand trat. Der Angeklagte war dort Vertrauensmann des Konsumvereins und soll einen anderen Arbeiter, der nicht freigeht, dazu haben überreden wollen, indem er ihm ein von der Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie unterzeichnetes Flugblatt zum Lesen und zur Nachlieferung übergab. Der die Anklage vertretende Kriegsgerichtsrat beantragte ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte nicht bloß aus idealer Friedensliebe, sondern zum Zwecke des Auslandesgewerks habe und verurteilte, da es sich nur um den Versuch des Landesverrats handelte, den Angeklagten zu 6 Monaten Zuchthaus, die in 3 Monate Gefängnis umgewandelt wurden.

Unmittelbar vor den Fenstern des Polizeipräsidenten am Alexanderplatz hatte sich eine turbulente Szene abgepielt, die den Kaufmann Smolikowski und die Arbeiter Hardekop und Hochrim vor das Kriegsgericht am Landgericht führte. Sie waren wegen Widerstandes, der letzte auch wegen Transportgefährdung angeklagt. Hochrim wurde von einem Schutzmännchen festgenommen, weil er verdächtig war, die Leine der Kaniakfänge eines Straßenbahnwagens zerschneiden zu haben. Hardekop hat versucht, ihn zu befreien, und als in dem Tumult auch der erste Angeklagte festgenommen werden sollte, schlug dieser mit einem Knüttel nach dem Schutzmännchen; doch wurde der Schlag von einem anderen Schutzmännchen aufgefangen. Da sowohl der erste, als der dritte Angeklagte nervenkranke Leute sind, hielt das Gericht bei dem ersten acht Monate, bei dem dritten sechs Monate Gefängnis für ausreichend. Von der Anklage der Transportgefährdung wurde Hochrim freigesprochen, Hardekop wegen versuchter Gefangenenerbeziehung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. —

Unter der Anklage der Aufforderung zum Streik stand eine Frau Regner. Der Gerichtshof hielt ihre Schuld nicht für nachgewiesen und erkannte auf Freispruch. —

Drei Monate Gefängnis wegen zu langsamem Arbeiten.

Zwei Arbeiter der Luftverkehrsgesellschaft in Johannisthal standen vor dem außerordentlichen Kriegsgericht unter der Anklage, sich gegen die am 1. Februar 1918 erlassene Verordnung des Oberkommandos vergangen zu haben, welche die Niederlegung sowie die absichtliche Verzögerung der Arbeit in den unter militärischer Leitung stehenden Betrieben mit Strafe bedroht. Nach dem Zeugnis ihres Kolonnenführers haben die Angeklagten am 4. und 5. Februar in der Arbeit weniger geleistet, als sie hätten leisten können und seither geleistet haben. Auf den Vorhalt des Kolonnenführers sagten die Angeklagten, für den Lohn, den sie bekämen, könnten sie nicht mehr machen. — Hierdurch hielt das Gericht für erwiesen, daß die Angeklagten am 4. und 5. Februar nicht das Arbeitspensum geleistet haben, das sich nach Maßgabe ihrer körperlichen Kräfte hätten leisten können, daß sie also mit Absicht die Arbeit verzögert haben. Mit Rücksicht darauf, daß durch solches Verhalten die Kriegsindustrie schwer geschädigt werden könnte, erkannte das Gericht auf die vom Anklagevertreter beantragte Strafe von je drei Monaten Gefängnis.

Wegen Verstoßes gegen den § 9b der Verordnung über den Belagerungszustand waren am 15. Februar 63 Arbeiter der Daimlerschen Werke in Mariensfelde angeklagt. Der Tatbestand war folgender: Die Dreher des Daimlerschen Werkes hatten im Dezember Lohnverhöhung beantragt. Die Firma lehnte ab. Vor dem Kriegsausbruch, der angerufen wurde, erhielten die Arbeiter kein Recht. Sie arbeiteten deshalb nicht weiter, gingen aber täglich in den Betrieb in der Hoffnung, daß doch noch eine Verständigung mit der Firma erfolgen werde. Diese kam aber nicht zustande, da die Firma sich auf nichts einließ. Am Freitag, den 7. Dezember, erfolgte ein öffentlicher Anschlag im Betriebe, nach dem der gesamte Betrieb unter militärische Leitung gestellt wurde und die Arbeiter zur sofortigen Aufnahme der Arbeit aufgefordert wurden. Der Anschlag erfolgte um 2 Uhr nachmittags. Die um 1/2 3 Uhr erscheinende Nachmittagschicht nahm die Arbeit nicht mehr an demselben Tage, sondern am anderen Tage, am Sonnabend, auf. Den Drehern wurde zur Last gelegt, gegen die Bestimmungen des Belagerungsgesetzes dadurch verstoßen zu haben, daß sie nicht sofort dem erlassenen Befehl Folge geleistet hätten. Die Angeklagten wandten ein, sie hätten angenommen, daß der Montag der letzte Termin sei, dann aber hätten sie, selbst wenn sie gewollt hätten, am Freitag nachmittags nicht mehr arbeiten können, weil teils die Maschinen nicht eingerichtet waren, es sei auch kalt und dunkel gewesen. Ein Meister als Zeuge sagte auf Befragen aus, es sei wohl möglich gewesen, zu arbeiten, wenn man nur gewollt hätte. Der Richter beantragte ein Monat Gefängnis, weil die Arbeit nicht sofort aufgenommen worden sei. Die Verurteilung wurde die Zuständigkeit des Gerichts, was aber abgelehnt wurde. Er beantragte

ferner aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen Freisprechung, eventuell aber die Annahme mildernder Umstände, so daß in diesem Falle auf Geldstrafe zu erkennen wäre. Von den Angeklagten waren 31 erschienen, da inzwischen eine Anzahl eingezogen sind, einige hatten die Ladung nicht erhalten. 6 wurden freigesprochen, 2 zu 4 Wochen, die übrigen zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Das Kriegsgericht in Stettin verhandelte gegen 8 Genossen wegen Uebertretung eines Korpsbefehls und wegen versuchten Landesverrats, begangen durch Verbreitung des Rufes der Unabhängigen Reichstagsfraktion. Der Parteisekretär Genosse August Horn wurde wegen angeblichen versuchten Landesverrats zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, vier andere Genossen nur wegen Uebertretung zu 1 Monat Gefängnis, und die anderen drei Genossen wurden freigesprochen.

Eine unerlaubte Versammlung. Aus dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen wir, daß das außerordentliche Kriegsgericht in Königsberg wegen Privatwohnung eines unerlaubten Versammlungs sozialdemokratischen Partei, den Stadtverordneten Vinde, zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilte. Die beiden Mitangeklagten, ein hiesiger Arzt sowie der Wohnungsinhaber, wurden freigesprochen.

Wegen versuchten Landesverrats unter Zuhilfenahme mildernder Umstände erhielt der Seiler Nowojinsky zwei Jahre, die Frauen Graul und Kojew vier Monate Festungshaft, der 17-jährige Arbeiter Steuer wurde freigesprochen. Die Dreher Rohr, Kiegnert und Hoffmann erhielten wegen versuchten Landesverrats je vier Monate Zuchthaus, umgewandelt in je sechs Monate Gefängnis.

Der verschärkte Belagerungszustand wird mit Ablauf des 23. Februar aufgehoben. Die außerordentlichen Kriegsgerichte stellen von diesem Tage ab ihre Tätigkeit wieder ein.

Das Arbeitskammergesetz.

In England sind im Sommer vorigen Jahres Vorschläge gemacht worden, den Arbeitern durch gesetzliche Maßnahmen einen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeits- und Lohnvertrages sowie auf den Produktionsprozeß einzuräumen. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ wehrt infolgedessen, in England werde beabsichtigt, die Industrie zu „demokratisieren“. Die deutschen Gewerkschaftsführer haben dies nicht zum Anlaß genommen, nun ihrerseits eine Agitation zu entfalten, um auch den deutschen Arbeitern die wirtschaftlichen Fesseln zu lockern. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat sich vielmehr damit begnügt, ihren Aktionsplan aufzuschreiben, daraus die vom Reichstag früher beratenen Arbeitskammerngesetzentwürfe herauszunehmen, davon eine Abschrift zu machen und sie mit unwesentlichen Änderungen an den Reichstag zu schicken, damit dieser gemeinsam mit dem Bundesrat ein Gesetz daraus mache; das wird uns dann als ein Früchtchen der Neuorientierung gepriesen werden. Der Bundesrat hat sich früher auf Betreiben der Unternehmer geweigert, in die Arbeitskammern Gewerkschaftssekretäre wählen zu lassen. Daran wird der Gesetzesentwurf jetzt nicht mehr scheitern. Im Gegenteil, je mehr Arbeitersekretäre darin sitzen würden, desto lieber wird es der Regierung sein. Die Arbeiter werden freilich gerade nach dem während des Krieges gemachten Erfahrungen nicht mehr viel Wert darauf legen, Gewerkschaftsbeamte hineinzuwählen. Denn die Gewerkschaftsbeamten sind zwar nicht wirtschaftlich, desto mehr aber nach ihrer Ideenwelt vom Unternehmertum abhängig.

Von Bedeutung ist die Frage, wie sollen die Arbeitskammern ausgestaltet werden? Die Generalkommission der Gewerkschaften will sich mit Debattierclubs begnügen. Das heißt, die Arbeitskammern sollen sich paritätisch aus Unternehmern und Lohnarbeitern zusammensetzen. Kommt dort nach den gegenständlichen Rücksichten kein gemeinsamer Beschluß zustande, dann sollen die Arbeiter allein ihre Ansicht formulieren.

Solange indes neben diesen paritätischen Arbeitskammern noch die reinen Unternehmerkammern (Handelskammern, Landwirtschaftskammern) bestehen, werden die ersteren keine Bedeutung erlangen können. An all den politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen sowie sozialen Fragen, mit denen sich die reinen Unternehmerkammern beschäftigen, haben die Arbeiter ein wichtiges Interesse. Es ist deshalb ein schwerer Fehler, wenn sich die Arbeiter mit der Schaffung von paritätischen Arbeitskammern begnügen würden, die neben den reinen Unternehmerkammern nichts weiter als Dekoration wären. Freilich, eine solche Dekoration werden die gesetzgebenden Körperschaften vielleicht schaffen, um die Arbeiter zu beruhigen, etwas zu bedenken und die die Herrschaft der Unternehmer eindämmen könnten, werden die herrschenden Gewalten nicht so leicht zugehen. Die Gewerkschaftsführer werden daher mit der Dekoration zufrieden sein, die Arbeiter aber nicht. Die Arbeiter verlangen zum mindesten, daß sie in all den Fragen, in denen heute die Regierung und die Unternehmer hinter den Kulissen arbeiten, ein Mitbestimmungsrecht gewinnen. In diesem Sinne muß das Arbeitskammerngesetz gestaltet werden; es muß dahin wirken, den Einfluß der reinen Unternehmerkammern zu brechen. Werden paritätische Arbeitskammern geschaffen, dann darf es daneben nicht noch reine Unternehmerkammern geben, die sich mit denselben Fragen beschäftigen.

Aus der Zeit.

Das aufgekürzte Sachsen. Der „Frankfurter Zig.“ wird aus Dresden geschrieben: „Jeder gute Sachse atmet heute froh auf, weil er sich überzeugen kann, daß seine Regierung auf der Höhe der Zeit steht, auch wenn sie von der Neuordnung politischer Dinge nicht viel wissen will. Ein Gesetz über die Einrichtung eines Adelsbuches und die Führung des Adels und der Adelsabzeichen ist erlassen. Im Ministerium des Innern, wo man für solche wichtigen Staatsfragen auch im Kriege noch immer ausreichende Zeit findet, hat man ein „Verold's am“ eingerichtet, mit einem besonderen Vorsteher, der die schöne und zeitgemäße Amtsbezeichnung „Verold's meister“ führt. Ganz Sachsen nimmt in nurigen Tagen mit tiefer Befriedigung von solchem Fortschritt Kenntnis.“

Aus der Bewegung.

Aus dem Wahlkreis Sieben-Grünberg-Nidda wird uns geschrieben: In der „Oberhessischen Volkszeitung“ versucht der Lokalredakteur Versammlungsbesuchern Anstandslehre zu erteilen, wie sie sich zu verhalten haben. Anlaß dazu gibt ihm die Versammlung, in der das Parteivorstandsmittglied Müller geredet hat aber nicht auf seine Kosten gekommen ist. Jänferien seien in die Versammlung hineingetragen worden. Die Schuld daran trafe ein paar Leute, die sich unabhängige Sozialdemokraten nannten. Das Auftreten und Betragen eines Menschen sei abhängig von seinem Intellekt und seinen Charaktereigenschaften. Sei das richtig, so erscheine das Betragen der unabhängigen Zeitgenossen in bezug auf geistige Qualitäten in einem keineswegs günstigen Licht. Besonders ärgert den „Journalisten“ aus der Bahnhofsstraße, daß bei den Ausführungen des Referenten im Schlusswort der Zwischenruf: „Siehe Mannsfeld“ gemacht wurde, als der Redner von den Volkswirten sprach und sagte, es gehe nicht an, die Demokratie mit Maschinengewehren einzuführen zu wollen. Der gelehrte Lokalredakteur der „Oberhessischen Volkszeitung“ sucht seinen Lesern zu beweisen, welche kolossale Dummheit in dem Kopfe eines Mannes stecken muß, der solch einen Zwischenruf machen kann.

Wir wollen gar nicht darauf hinweisen, daß selbst ein sozialdemokratischer Redakteur, auch wenn er Lokalredakteur ist, wissen sollte, daß bei einer Volksergreifung der Macht durch das Proletariat die Diktatur des Proletariats eine, wenn auch vorübergehende, so doch notwendige Maßnahme sein wird. Im übrigen versorgen wir es uns, mit einem Manne zu rechten, der wie eine Wetterfahne hin und her weht. Erst macht der Kluge Mann in Opposition, und als es dann geht, der Konsequenzen zu ziehen, klappt er aus Furcht, den Futtertrog zu verlieren, um und redete das Gegenteil. Und so etwas fühlt sich dann noch berufen, Anstandslehren zu erteilen und über den Charakter anderer Leute zu urteilen. Wer das tun sollte, erübt sich selber Charakter aneignen.

Aus dem Wahlkreis Hanau. In Preungesheim (einem Vorort von Frankfurt a. M.) versuchten die Regierungsozialisten eine „Friedenskundgebung“ zu veranstalten. Der abhängige Stadtverordnete Graf Frankfurt a. M. sprach in öffentlicher Versammlung über „Was ist dem Vaterlande not“, in dem bekannten Tonen der Regierungsozialisten. Wenn unsere Anhänger der Versammlung ferngeblieben wären, hätte Herr Graf vor leeren Tischen reden können. Die Angst der Herren vor der Wahrheit trat auch hier sehr deutlich zutage. Genosse Schnellbacher-Hanau war ebenfalls in der Versammlung erschienen. Herr Graf frag ihn vor der Versammlung, ob er auch gegen die „Reinheit“ polemisieren würde, das sei doch nicht angängig, man müsse gemeinsam gegen die Alldemokraten, die alleinigen (?) Kriegsverlängerer, in der Versammlung auftreten. Er (Graf) würde gegen die Unabhängigen kein böses Wort sagen, er würde uns gar nicht erwähnen. Genosse Schnellbacher erwiderte, daß er sich seine Ausführungen von Graf nicht zerschneiden lasse, er werde reden, was er für richtig halte und lasse sich auf sonst nichts ein. Bürowahl wollte man auch hier nicht vornehmen. Die Herren mühten sich aber beamteten, unfieren Genossen Bender mit ins Büro zu wählen.

Herr Vertram aus Bodenheim wollte nun beschließen lassen, daß in der Diskussion der Parteifreie nicht erwähnt werden darf. Unsere Anhänger protestierten gegen die Anlegung einer Maulkorb und erklärten, daß sie an einer solchen Abstimmung gar nicht teilnehmen und nachher reden, was sie für notwendig erachteten. So geschah es auch. Herr Graf ging dann in breiter Weise auf die „Erkämpfung“ des Friedens (mit den bürgerlichen Parteien) ein. Die anwesenden bürgerlichen Anhänger spendeten ihm Beifall. Genosse Schnellbacher-Hanau besprach dann eingehend, „was dem Vaterlande not tut“, nämlich aufrechte Volkvertreter und nicht solche abhängigen Elemente wie die Regierungsozialisten es sind. Der Beifall bewies, daß die Mehrheit der Versammlung auf unserer Seite war. Genossin Gimbel-Hanau richtete noch anfeuernde Worte an die Frauen. Ein Herr Lewin, ein Demokrat, forderte besonders von den Sozialdemokraten beider Richtungen, die Regierungen zu zwingen, eine unzweideutige Erklärung abzugeben und den Belagerungszustand aufzuheben. Im übrigen sprach er sich über die Friedensfrage klarer aus wie Herr Graf.

Als Herr Graf sah, daß Genosse Schnellbacher eine Resolution einbrachte, verlas er schnell die bekannten Berliner Forderungen in abgeschwächter Form. Genosse Schnellbacher stellte einen Zusatzantrag, nach dem alle wegen politischer Handlungen Verurteilte und Verhaftete sofort freizulassen sind. Die wurde einstimmig angenommen. Als über die Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes abgestimmt werden sollte, schloß Herr Vertram schleunigst die Versammlung. Sie

Franken nicht. Wir können auch mit dieser Versammlung zufrieden sein. Den Genossen von Preungetzheim-Edenheim wird es ein weiterer Ansporn sein, für unsere Bewegung neue Anhänger zu gewinnen.

Zu den Stadtverordneten-Ersatzwahlen.

Wieder sind Ersatzwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung vorzunehmen. Durch den Tod von Woldershy und Barthelmann müssen im 4. und 34. Kommunalwahlbezirk die Wähler erneut Vertreter wählen. Die Wahlen sind für **Sonntag, den 3. März**, festgesetzt. In beiden Bezirken müssen Hausbesitzer gewählt werden. Im 34. Bezirk haben unsere Genossen den Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg als ihren Kandidaten aufgestellt; im 4. Bezirk steht die Kandidatur in diesem Augenblick noch nicht fest.

Es gilt jetzt an die Arbeit zu gehen und für die Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei eine lebhaftere Werbetätigkeit zu entfalten.

Die Wahl findet statt:

Im **4. Wahlbezirk** und zwar:

- für den I. Teil, umfassend die Stadtbezirke 43 bis 45, im Wahllokale „Bürgerklaue“, Bülowstraße 27;
- für den II. Teil, umfassend die Stadtbezirke 46 bis 47 B, im Wahllokale „Zum Bergschloß“, Bülowstraße 85;
- für den III. Teil, Stadtbezirk 48 A bis 48 B, im Wahllokale 45 bei Köhler;
- für den IV. Teil, Stadtbezirk 49, im Wahllokale Café Göttele, Göttelestraße 16.

Im **34. Wahlbezirk**:

- I. Teil, Stadtbezirke 251 und 253, Wahllokale „Zum Bürgergarten“, Bernauer Straße 77;
- II. Teil, Stadtbezirke 252 und 260, Wahllokale Straßunder Straße 30 bei Gebel;
- III. Teil, Stadtbezirk 254 B, Wahllokale „Zur Tonne“, Demminer Straße 14;
- IV. Teil, Stadtbezirke 258 und 259, Wahllokale „Zum Bienenkorb“, Bernauer Straße 101;
- V. Teil, Stadtbezirke 265 bis 267, Wahllokale Bernauer Straße 120 bei Mathea.

Die Wähler tun gut, sich mit Legitimation zu versehen.

Die Wahlzeit ist von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt.

Genossinnen und Genossen! Benutzt die kurze uns noch von dem Wahltage trennende Zeit zur Agitation für die Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Achtung! 2. Wahlkreis. Die Genossen, die im 4. Kommunalwahlbezirk helfen wollen, treffen sich Sonntag, den 24. d. Mts., früh 9 Uhr, zur Flugblattverbreitung bei Wiemers, Bülowstr. 58.

Genossinnen und Genossen! Erscheint zahlreich.
Das Wahlkomitee.

Groß-Berliner Chronik.

Die Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes betraf ein Antrag Börner und Genossen von der Unabhängigen Stadtverordnetenfraktion, der in der Stadtverordnetenversammlung am 14. Februar als dringlicher Antrag auf der Tagesordnung stand. Der Antrag lautete: Den Magistrat zu ersuchen, im Interesse der Berliner Bürgerschaft alle Maßnahmen zu ergreifen, um schleunigst die Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes herbeizuführen.

Hierzu erklärte der Oberbürgermeister: „Ich halte mich für verpflichtet, vor Eintritt in die Beratung über den Antrag folgende Mitteilung zu machen: Zunächst kann ich mit Befriedigung feststellen, daß der von der Versammlung beschlossene Antrag auf Zulassung von Versammlungen zur Vorbereitung kommunaler Wahlen von positivem Erfolge begleitet worden ist. Am 11. Februar erhielt der Magistrat darauf die Antwort, in der es unter anderem heißt: „Es ist Vorzorge getroffen worden, daß öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen für den Betrieb der kommunalen Wahlen vom Herrn Polizeipräsidenten zur Erledigung der Wahlhandlungen zugelassen werden können, wenn die Einberufer sich mit einer polizeilichen Uebervachtung einverstanden erklären und sich selber verpflichten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Auch dürfen die Reden nicht gegen den Geist der geschlossenen Durchhaltens verstoßen. Die Wahlflugblätter müssen gleichfalls von diesem Geist getragen sein und sich von geschäftigen Angriffen freihalten.“ Ich darf hiernach annehmen, daß für die Vorbereitung zu den schon in nächster Zeit bevorstehenden Ersatzwahlen für die Stadtverordnetenversammlung die Versammlungen auf weitere Hindernisse nicht stoßen werden.“

Was nun die übrigen Einschränkungen betrifft, insbesondere die Verschärfung des Belagerungszustandes, so haben wir in den Zeitungen eine offensichtlich amtliche Notiz gefunden, in der vor einigen Tagen der Abbau des verschärften Belagerungszustandes deutlich zugesagt wurde. Ich habe aber auch noch Erkundigung an der zuständigen Stelle eingezogen und dort die Auskunft erhalten, daß man glaubt, in Aussicht stellen zu können, daß die Verfügung baldmöglichst werde aufgehoben werden können. Ich glaube hiernach im Sinne des Magistrats zu handeln und der Sache zu dienen, wenn ich empfehle, daß zunächst abgewartet werden möge, wie die Dinge sich in aller nächster Zeit entwickeln.“ (Beifall.)

Stadtv. Dr. Beyl (U. Sp.): Auf Grund dieser Erklärung ziehe wir für die heutige Sitzung den Antrag vorläufig zurück.

Der Antrag bleibt einer späteren Beratung vorbehalten.

Der beabsichtigte Ankauf des Hotels Kaiserhof für das Reichswirtschaftsamts führte in der gleichen Sitzung zu einem Antrage an den Magistrat, alles zu tun, um die Entziehung des für den Fremdenverkehr Groß-Berlins so wichtigen Hotels zu verhindern. Der Magistrat ließ erklären, daß auch er es bedauern würde, wenn das Hotel Kaiserhof an das Reichswirtschaftsamts verkauft werden würde. Seit längerer Zeit setzen sich bei uns Staats- und Reichsbetriebe in Häusern nieder, die für die Stadt Berlin gute Steuerzahler sind. Wenn jetzt der Kaiserhof verkauft wird, so sei das das 22. Hotel Berlins, das von den Kriegsgesellschaften in Anspruch genommen wird. Beim Kaiserhof würde es sich auch um eine dauernde Inanspruchnahme handeln. Das Reichswirtschaftsamts könne sich sehr gut an einer anderen Stelle niederlassen. Es sei durchaus nicht an dieser Gegend interessiert. Die Stadtverwaltung habe auch ein großes Interesse am Fremdenverkehr. Es wäre zu beklagen, wenn durch den Mangel an Hotels der Fremdenverkehr erschwert oder gar beeinträchtigt werden würde. Der Magistrat habe deshalb beschlossen, sofort eine Eingabe an den Reichstag zu richten und auch andere Reichsstellen, die mit der Angelegenheit in Berührung stehen, auf den Hotellauf aufmerksam zu machen.

Nach einer Feststellung des Vereins Berliner Hotelbesitzer sind für den Fremdenverkehr mit den bisher verkauften und vermieteten 22 Hotels 2275 Betten verloren gegangen. Von den wichtigsten Hotels, die bisher „eingezogen“ sind, seien erwähnt: Hotel Bellevue, 250 Betten, Hotel Monopol, 250 Betten (Kriegsamts) Hotel Cumberland, 450 Betten (Wumba), Hotel Saxonnia, 150 Betten, Hotel Windsor, 125 Betten (J. E. G.), Hotel Westminster, 150 Betten (J. E. G.) Hotel Carlton 100 Betten, Hotel Terminus, 100 Betten, Hotel Kleiner Kaiserhof, 100 Betten, Hotel Reichstag, 200 Betten (Uebergangswirtschaft), Hotel Prinz Albrecht, 100 Betten, Hotel National, 75 Betten, Hotel Britannia, 75 Betten, Hotel Wiesbadener Hof, 50 Betten, Hotel Der Lindenhof, 60 Betten, Hotel Brandenburg, 75 Betten.

Auch eine Verteuerung des Wassers soll eintreten. Der Magistrat verlangt eine Erhöhung des Wassergeldes. Das Wassergeld wird vom Hauswirt gezahlt; selbstverständlich wird es auf die Mieter abgemälzt. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion ließ erklären, daß die Lieferung von Wasser zu den Aufgaben der Stadt und der öffentlichen Gesundheitspflege gehöre und daß die Wasserwerke mit anderen werdenden Anlagen nicht ebenso wie diese betrachtet werden könnten. Ein Ausschuss soll die Vorlage prüfen.

Das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg soll von Potsdam nach Berlin verlegt werden. Diese Verlegung soll zunächst provisorisch erfolgen. Definitiv soll Charlottenburg als Wohnsitz in Aussicht genommen sein.

Der Stadtverordnete Emil Wasner ist am 14. Februar plötzlich einem Herzschlag erlegen. Wasner war ein Proletarier, der von der Pike auf in der Arbeiterbewegung ganz aufgegangen ist. Von Beruf Schmied, trieb ihn schon in jungen Jahren sein Klasseninstinkt in die Reihen der proletarischen Bewegung, an der er bald lebhaften aktiven Anteil nahm. Unter seinen engeren Berufskollegen wirkte Wasner unermüdlich und arbeitete ständig an dem Auf- und Ausbau der Schmiedeorganisation. So war Wasner als einer der Ältesten in der Schmiedebewegung wohl der Berufsenste, die Geschichte seiner Berufsorganisation zu schreiben, die als zweibändiges Werk eine gute Orientierung bot und als eine Bereicherung der Gewerkschaftsliteratur angeprochen werden kann. Das gleiche kann gesagt werden vom Krankenunterstützungsbunde der Schmiede, dessen langjähriger Zentralkassierer Wasner bis zu seinem Tode war.

In der politischen Bewegung finden wir Wasner schon als Mitglied der Passalleaner. Ununterbrochen hat er alle Phasen der Parteientwicklung durchlebt und mitgekämpft. Gewissenhaft sammelte er alle Veröffentlichungen und alle Druckerzeugnisse, die für die Bewegung von Nutzen waren und mancher alte Kämpfer wandte sich an den Verstorbenen, wenn er Material aus der alten Parteigeschichte benötigte, so auch August Siebel, als er seine Memoiren schrieb.

Was ihn besonders auszeichnete, war sein gerader Charakter und sein ehrliches Wesen. Wer den etwas knorrigen Wasner näher kannte, wußte, daß sich unter der rauhen Schale ein herzlichguter Mensch verbarg, der dem Freunde in allen Lebenslagen die Treue zu halten wußte.

Seit 16 Jahren Stadtverordneter, wirkte er in seiner Weise, still und eifrig, in den verschiedensten Verwaltungen. Seine Uneigennützigkeit und Opferfreudigkeit sichert dem Verstorbenen die Achtung und Anerkennung aller derjenigen, die ihn näher gekannt. Am Tage der Beerdigung gaben ihm viele Freunde und Kollegen das letzte Geleit.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland hatte zum 15. Februar nach den Germaniafällen mit großem Lärm und kostenloser Eintrittskarten eine Wahlrechtsversammlung einberufen,

die aber nur von zirka 450-500 Personen besucht war. Es sprachen der Regierungssozialist Siebel, der Zentrumsmann Giesberts und vom Bauernbund Dr. Böhme, ein sonderbares Kleeblatt. Eine langatmige Resolution gelangte zur Annahme. Ein Antrag, Diskussionen zu lassen, fand keine Gegenliebe. Der Antragsteller hatte sich wohl geirrt, denn im Volksbund für „Freiheit und Vaterland“ braucht man keine Diskussionen, weil man doch ein demokratisches Schild trägt. So nahm die harmlose Versammlung ihr Ende.

Die Kohlrübe scheint immer mehr Nationalgericht auf dem Tische des armen Mannes werden zu sollen. Der Magistrat gibt bekannt, daß die Zufuhren von Kohlrüben in den letzten Tagen sich außerordentlich vermehrt hätten. Er gibt den wohlmeinenden Rat, dieses Bodenerzeugnis als Ergänzung der fehlenden Kartoffeln verwenden zu wollen. Also eht noch mehr Kohlrüben, bis sie zum Halse raus wachsen.

Die Massenpessung brachte den Berlinern dieser Tage ein seltenes Gericht: Dörrgemüse mit Sandzusatz. Was die häßlichen Kochkünstler und Köchlerinnen nicht alles erfinden. Sie müßten verpflichtet werden, ihr Produkt zunächst selber zu essen.

25 jährige Parteimitgliedschaft.

In diesem Monat sind es 25 Jahre, während welcher der Zimmermann Gottfried Döring, Steglitz, Schönhauser Straße 24, ununterbrochen der Partei angehört. Die Mitgliedschaft erstreckt sich auf Berlin, hauptsächlich aber Friedenau und Steglitz. Genosse Döring ist stets rege für die Interessen des Proletariats, sowie für die Ideen des Sozialismus eingetreten und hat sich immer tatkräftig in den Dienst unserer guten Sache gestellt, so auch in gewerkschaftlicher Beziehung. Zur Zeit als noch Friedenau und Steglitz gemeinsam einen Wahlverein bildeten, war Genosse Döring jahrelang Kassierer desselben, auch war er Gründer und Kassierer des Konsumvereins Friedenau und Umgegend. Im Verband der Zimmerleute bekleidete er seinerzeit das Amt des Bezirkskassierers und jetzt noch hat er den Posten des Verbandskassierers für den Bezirk Steglitz inne. Siebel hat Döring, von dem Vertrauen seiner Genossen und seiner Kollegen getragen, mit größtem Plichteifer sich seiner Obliegenheiten zu entledigen gewußt. Als die unbedingt notwendige Trennung von den Regierungssozialisten vor sich ging, blieb Gottfried Döring der unsrige. Wir beglückwünschen ihn nun zu der vierzehnhundertjährigen, treuen, arbeitsfreudigen Mitgliedschaft zur Partei und wollen hoffen, daß er uns noch recht lange bei besser Gesundheit als weiterer Kämpfer für die gerechte Sache des Proletariats erhalten bleibt. Es gibt hierfür noch sehr viel zu erledigen und auf jeden einzelnen kommt es jetzt mehr wie je an.

Die Wahlvereine von Steglitz und Friedenau.
(Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.)

Quittung.

Vom 1. bis zum 26. Januar 1918 gingen folgende Beiträge für die Unabhängige sozialdemokratische Partei ein: Von Randow-Greifenhagen 55,95 M. Anklam-Demmin 6 M. Von R. Celle 2,85 M. Löwenberg 5,24 M. Von Genossen A. M. 5 M. Limbach 300,— M. Bamberg 1,50 M. Schweinfurt 58,78 M. Professor 50 M. Vom Nichtumlerner des Vad. Schwarzwald 7 M. Von Offenburg auf List 8,30 und 6,40 M. Wahrer Jakob Karle 5 M. Von Gotha durch H. 50 M. Sch. Schönebeck 25,88 M. V. Nürnberg 45,80 und 18 M. Fel. F. Greiz 37,48 M. J. Chemnitz 46,24 M. B. Sommerda 10 M. Von L. Leipzig zurückgehalten 4 M. B. Bichler-Gisterwerda 5 M. Schwarz-Lübeck 20 M. G. Gotha 75 M. (auf Listen). Niederrhein a konto 500 M. V. Gera 200 M. Halle 1078,15 M. Jena 85,50 M. V. für Broschüren 500 M. III. Berl. Kreis 172,80 M. Magdeburg 177,90 M. Magdeburg durch V. 168 M. R. Eisenach für Broschüren 10 M. Otto 5 M. R. Annaberg 2,25 M. W. Broschüren 2 M. Sameln 6,36 M.

J. B.: Luise Zieg.

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr.
(Postfachkonto 82287.)

Für die Familien Inhabteter gingen im Verbandsbüro ein: Von den Kollegen und Kolleginnen der Knorrbremsle, Abt. A. 4, 48,25 M. Parteigenosse W. 20 M. Von Arbeitern der Anilinfabrik Nichtenberg-Rummelsburg 101,60 M. 8 Freunde und 2 Frauen an Leipzig 10 M. L. S., Berlin 5 M. Von den Arbeitern der Firma Fischer, Königsstraße, 34,15 M. Arbeiter der Groß-Buchbinderei Läderitz & Bauer 58,80 M. Kuergeellschaft, Baderlei, 32,30 M. Vom Obmann der Knorrbremsle auf 16 Listen 440,75 M. Ungenannt B. B. 100 M. Auf Listen: 1246 24,50 M., 1159 84 M., Lustig-Verfuchsb-Abtg. L. B. G.

Für den Pressefonds von einem Genossen Neudölan A. G. 2 M. B. 10 M.

Für die Wahl in Niederbarnim: Genosse Alie 3 M.

4. Kreis. Zum Pressefonds: Liste 1882 3,—, 1683 1,—, 1667 2,—, 1668 2,70, 1671 2,—, 1672 3,—, 2079 2,50, 2484 3,—, 2771 10,—, 2707 20,20, 2708 19,25, 2861 20,—, Summa 68,85 M., bereits quittiert 7610,85 M. **Summa 7579,20 M.**

4. Kreis. Für die Partei: Liste 6718 2,—, 6812 3,—, 6886 0,20, Summa 5,20 M., bereits quittiert 490,48 M. **Summa 495,68 M.**

4. Kreis. Für die Stockholmer Friedenskonferenz: Liste 8452 16,15, 8456 3,—, 8565 2,20, 8598 3,55, 13876 5,—, Summa 29,90 M., bereits quittiert 720,06 M. **Summa 749,95 M.**

4. Kreis. Außerdem gingen ein: Genosse L. B. durch A. J. 2 mal 5 M., zusammen 10 M. R. Hoffmann 1,80 M. Trag 1,80 M.

Verantw. Redakteur: G. Veib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.